



NiA | Neustadt
im Aufbruch

GESAMTKONZEPT

»DEMOKRATIESTADT«

Neustadt an der Weinstraße

Inhalt

I.	Neustadt an der Weinstraße als »Demokratiestadt«	1
II.	Handlungsfelder	2
1.	Politische Bildung.....	3
2.	Zivilgesellschaftliches und politisches Engagement.....	3
3.	Gesellschaftliche Vielfalt	4
4.	Gesellschaftlicher Zusammenhalt.....	4
III.	Strategische Ziele.....	5
1.	Stärkung der Partizipation.....	5
2.	Erhöhung der Sichtbarkeit	5
3.	Förderung der Demokratiebildung	6
4.	Gestaltung und Pflege der Netzwerke	7
IV.	Umsetzung der strategischen Ziele	8
1.	Stärkung der Partizipation.....	8
a)	»Komm mit! Politik erleben« für junge Menschen und Erwachsene	8
b)	»Speakers' Corner«.....	8
c)	»Agora-Plattform« für öffentliche Diskussionen	9
d)	Orte der Begegnung und Räumlichkeiten ohne Konsumzwang.....	10
e)	Beteiligung junger Menschen	11
2.	Erhöhung der Sichtbarkeit	12
a)	Informations- und Kommunikationsstrategie	12
b)	»Demokratiedenkmal«	14
c)	»Neustadter Haus der Demokratie«.....	15
d)	»Demokratiepavillon« auf der Landesgartenschau	16
3.	Förderung der Demokratiebildung	16
a)	Gedenk- und Erinnerungsarbeit.....	16
b)	Qualifizierung für Fachkräfte der politischen Bildung.....	19
c)	Demokratiebildungsangebote in Schulen.....	20
d)	»Rundum-Demokratie-Paket«	22
e)	»Escape Room« als Möglichkeit der interaktiven Demokratieförderung	22
4.	Gestaltung und Pflege der Netzwerke	23
a)	»1832. Das Fest der Demokratie« und »Hambacher Freiheitspreis«	23
b)	Netzwerke und Kooperationen.....	24
V.	Zeitplan und Meilensteine	27
VI.	Literaturverzeichnis.....	31

I. Neustadt an der Weinstraße als »Demokratiestadt«

Der Stadtrat der Stadt Neustadt an der Weinstraße hat am 29. September 2020 beschlossen, dass sich die Stadt als »**Demokratiestadt**« und als erlebbares Zentrum deutscher Demokratiegeschichte profilieren solle. Darüber hinaus wurde im Rahmen des Verwaltungsmodernisierungsprozesses »Neustadt im Aufbruch« beschlossen, dass die Stadtverwaltung »*kraftvoll die Profilierung als Wein- und Demokratiestadt sowie als begehrter Wirtschafts- und Tourismusstandort mit einer lebendigen Kultur- und Bildungslandschaft*« unterstützen solle.

Neustadt an der Weinstraße mit dem Hambacher Schloss gehört neben der Wartburg, der Frankfurter Paulskirche und dem Weimarer Nationaltheater zu den bedeutendsten Orten deutscher Demokratiegeschichte¹ und zum Europäischen Kulturerbe,² weil das »**Hambacher Fest**«, das in Neustadt an der Weinstraße und auf dem Hambacher Schloss stattfand, als eines der wichtigsten Ereignisse der Demokratiegeschichte gilt. In der Zeit des Nationalsozialismus war Neustadt aber auch Gauhauptstadt und hatte damit eine überregionale Bedeutung für die Terrorherrschaft.³

Dieses Spannungsverhältnis zwischen dem Kampf für die Demokratie im 19. Jahrhundert und deren Zerstörung im 20. Jahrhundert ist äußerst eindrücklich und stellt heute eine besondere Verpflichtung dar, die Demokratie und die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte zu fördern sowie zivilgesellschaftliches Engagement und gesellschaftliche Verantwortungsübernahme zu unterstützen.⁴

Das vorliegende Konzept dient dazu, diese Ziele zu konkretisieren und Maßnahmen zu deren Erreichung zu formulieren. Dabei geht es nicht nur darum, dass sich Neustadt an der Weinstraße als »**Demokratie-Lernort**« präsentiert, sondern auch ein »**Ort gelebter Demokratie**« ist. Neustadt an der Weinstraße soll dadurch ein authentischer, glaubwürdiger und gleichfalls außergewöhnlicher Ort für den nachhaltigen Einsatz für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung und die Auseinandersetzung mit ihrer Bedeutung für Menschenwürde und Gerechtigkeit werden. Das **Gesamtkonzept »Demokratiestadt«** soll die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Neustadt an der Weinstraße als erlebbares Zentrum deutscher Demokratiegeschichte identifiziert und wahrgenommen wird sowie eine besondere Stellung im Sinne einer Stärkung und Stabilisierung der Demokratie in Deutschland einnehmen kann.

¹ Vgl. *Austermann, Philipp*: Das Hambacher Fest – ein wichtiges Ereignis der deutschen Demokratiegeschichte, in: Verwaltungsrundschau 67 (2021), H. 7, S. 222–225.

² Vgl. Beschluss der Kommission vom 10. März 2015 zur Benennung der 2014 mit dem Europäischen Kulturerbe-Siegel ausgezeichneten Stätten (2015/C 83/03), Amtsblatt der Europäischen Union C 83 vom 11. März 2015, S. 3.

³ Vgl. *Gemählich, Matthias*: Von der »Rheinpfalz« zur »Westmark«. Neustadt und die Expansion des Parteigaus nach Westen, in: Raasch, Markus (Hrsg.), Volksgemeinschaft in der Gauhauptstadt. Neustadt an der Weinstraße im Nationalsozialismus, Münster 2020, S. 605–616.

⁴ Vgl. *Weigel, Marc*: Grußwort des Oberbürgermeisters, in: Anil, Sara / Berkessel, Hans, Sprenger, Kai-Michael / Traub, Sarah (Hrsg.), Hoher Besuch und starke Worte. Zwei Jahrhunderte politischer Reden auf dem Hambacher Schloss, Oppenheim am Rhein 2022, S. 11.

II. Handlungsfelder

Die Kommune ist laut dem Bundesverfassungsgericht die »Keimzelle der Demokratie«⁵ und wird in der Politikwissenschaft als die »Grundschule der Demokratie«⁶ bezeichnet, weil hier politische Aktivitäten, die sich vor Ort entfalten, zur Erfahrung der Selbstwirksamkeit der Bürgerinnen und Bürger beitragen und demokratische Lernprozesse initiieren, weil hier an Entscheidungen mitgewirkt, Meinungsverschiedenheiten ausgetragen und Kompromisse gesucht werden können.⁷ Um diese Aktivitäten zu fördern, hat die *Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement* das »Leitbild Bürgerkommune« entwickelt, das die Bedeutung der Gemeinden im demokratischen Staat und die Selbstverantwortung vor Ort durch Teilhabe und Bürgerengagement betont. »Zum Leitbild Bürgerkommune gehören (...) auch die Dimensionen von Transparenz und Zusammenarbeit. Planungs-, Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse bieten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zur Mitgestaltung. Der Bürger wird als Teilhaber, Beteiligter und Koproduzent wahrgenommen.«⁸

Eine **gelebte Demokratie vor Ort** kann in vielen Bereichen sichtbar werden. Dies beginnt mit politischer Bildung, die die Grundlage für demokratische Werte und Kompetenzen legt und dabei altersunabhängig ist. Demokratie lebt vor allem vom Mitmachen, vom Engagement in zivilgesellschaftlichen Organisationen, in politischen Parteien, in der Nachbarschaftshilfe. Durch Engagement wird deutlich, dass jeder und alle etwas bewirken können, in dem sie für sich und andere Verantwortung übernehmen. Dabei ist die Gesellschaft von Vielfalt geprägt. Pluralismus gilt heute als notwendige Bedingung von Freiheit. Er wurzelt im Recht auf Selbstentfaltung eines jeden Individuums und bedeutet konkret die »Vielfalt unterschiedlicher gesellschaftlicher und politischer Wertvorstellungen, Meinungen und Interessen, die sich auch in miteinander konkurrierenden Gruppierungen«⁹ organisieren können. Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist dabei aber ebenso wichtig. Dieser kann sich etwa durch Kooperation und Vernetzung ausdrücken. Grundlegend hierfür sind gemeinsam geteilte Werte, wie Freiheit, Gleichheit und soziale Gerechtigkeit.¹⁰ Dies bedeutet insgesamt, dass Demokratie damit mehr als eine »ununterbrochene Legitimationskette vom Volk zu den mit staatlichen Aufgaben betrauten Organen und Amtswaltern«¹¹ ist, sondern ebenso »eine spezifische Form menschlicher, gesellschaftlicher und politischer Kooperation«, die ebenso »als stets neuer gesellschaftlicher Lernprozess«¹² verstanden werden kann.

⁵ *Bundesverfassungsgericht*: Beschluß vom 23.11.1988 – 2 BvR 1619/83, 2 BvR 1628/83, in: *Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht* 8 (1989), H. 4, 347–352, 349.

⁶ *Holtmann, Everhard / Rademacher, Christian / Reiser, Marion*: *Kommunalpolitik. Eine Einführung*, Wiesbaden, Heidelberg 2017, S. 12.

⁷ Vgl. *Bogumil, Jörg*: *Kommunale Selbstverwaltung – Gemeinden/Kreise*, in: Voigt, Rüdiger (Hrsg.), *Handbuch Staat*, Wiesbaden 2018, S. 765–774, S. 773; *Kost, Andreas*: *Transformation inklusiv gestalten: Ist Bürgerbeteiligung eine Bedingung für das Gelingen?*, in: Korte, Karl-Rudolf / Richter, Philipp / Schuckmann, Arno von (Hrsg.), *Regieren in der Transformationsgesellschaft*, Wiesbaden 2023, S. 57–63, S. 57 f.

⁸ *Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (Hrsg.)*: *Leitbild Bürgerkommune. Entwicklungschancen und Umsetzungsstrategie*. KGSt-Bericht Nr. 3/2014, S. 9.

⁹ *Oberreuter, Heinrich*: *Pluralismus*, in: Oberreuter, Heinrich / Haring, Sophie / Schreyer, Bernhard / Scharnberg, Christian u. a. (Hrsg.), *Staatslexikon. Recht, Wirtschaft, Gesellschaft*. Bd. IV, 8., völlig neu bearb. Aufl., Freiburg, Basel, Wien 2020, Sp. 818–824, Sp. 818.

¹⁰ Vgl. *Steffani, Winfried*: *Mehrheitsentscheidungen und Minderheiten in der pluralistischen Verfassungsdemokratie*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 17 (1986), H. 4, S. 569–586, S. 576.

¹¹ *Bundesverfassungsgericht*: Beschluß vom 15.2.1978 – 2 BvR 134, 268/76, in: *Neue Juristische Wochenschrift* 31 (1978), H. 39, S. 1967–1970, S. 1968.

¹² *Himmelman, Gerhard*: *Demokratie als Lebensform, Gesellschaftsform und Herrschaftsform – Herausforderungen für die Demokratie, Aufgaben für die Pädagogik*, in: Beutel, Wolfgang / Gloe, Markus / Himmelman, Gerhard / Lange, Dirk u. a. (Hrsg.), *Handbuch Demokratiepädagogik*, Frankfurt 2022, S. 43–51, S. 47.

1. Politische Bildung

In ihrer Stellungnahme zum 16. Kinder- und Jugendbericht betont die Bundesregierung, dass »Demokratie und demokratisches Verhalten (...) von jeder neuen Generation neu gelernt und eingeübt werden« müssen. Politische Bildung habe daher den Auftrag, »Demokratie und ihre Prinzipien zu vermitteln. Daneben muss es in der politischen Bildung stets um die Art und Weise der gesellschaftlichen Verständigung über allgemein verbindliche Regeln gehen.«¹³ Damit wird zugleich ein wichtiges gesellschaftliches und kommunales Handlungsfeld vorgezeichnet, denn politische Bildung findet in der Kommune statt – in den Kindertageseinrichtungen, den Schulen, außerschulischen Bildungseinrichtungen, wie den Museen, in Jugendarbeit und Jugendverbandarbeit, aber auch in anderen gesellschaftlichen Organisationen, wie Vereinen und Gewerkschaften. Zwar wird oft und kontrovers diskutiert, ob es sich um **politische Bildung oder Demokratiebildung** handle,¹⁴ beiden gemein ist aber »die Aufgabe, zur demokratischen Handlungskompetenz und zu einer entsprechenden Wirkung beizutragen«.¹⁵

2. Zivilgesellschaftliches und politisches Engagement

Freiwilliges Engagement ist für ein Gemeinwesen wesentlich. Ob im Verein, in einer Partei oder in einer Gewerkschaft – wo Verantwortung für sich und andere getragen wird und wo Gesellschaft mitgestaltet wird, wird sogenanntes soziales Kapital geschaffen und der Zusammenhalt der Gesellschaft und des politischen Gemeinwesens gestärkt. »Bürgerschaftliches Engagement ist eine freiwillige, nicht auf das Erzielen eines persönlichen materiellen Gewinns gerichtete, auf das Gemeinwohl hin orientierte, kooperative Tätigkeit. Sie entfaltet sich in der Regel in Organisationen und Institutionen im öffentlichen Raum der Bürgergesellschaft.«¹⁶ Das vorliegende Konzept will daher auch **Engagementräume eröffnen**, weil zivilgesellschaftliches und politisches Engagement auf die »Übernahme gemeinwohlorientierter Aufgaben« und die »Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Weiterentwicklung ihres Gemeinwesens«¹⁷ abzielen. Diese Ziele sind ebenso Teil der »Bildung für nachhaltige Entwicklung«, die sich als lokaler Transformationsprozesses versteht.¹⁸

¹³ Bundesregierung (Hrsg.): Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe – 16. Kinder- und Jugendbericht – Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter und Stellungnahme der Bundesregierung. Deutscher Bundestag Drucksache 19/24200, S. 7.

¹⁴ Siehe hierzu den Beitrag von Widmaier, Benedikt: Demokratiebildung, Demokratieförderung, Demokratiepädagogik, Demokratieerziehung, Demokratiedidaktik, Demokratielernen, Demokratieentwicklung... wie jetzt? Die neue Unübersichtlichkeit in der politischen Bildung, in: Hessische Blätter für Volksbildung 68 (2018), H. 3, S. 258–266.

¹⁵ Beutel, Wolfgang / Gloe, Markus / Reinhardt, Volker: Die Kontroverse »Demokratiepädagogik und politische Bildung«, in: Beutel, Wolfgang / Gloe, Markus / Himmelmann, Gerhard / Lange, Dirk u. a. (Hrsg.), Handbuch Demokratiepädagogik, Frankfurt 2022, S. 154–183, S. 176.

¹⁶ Deutscher Bundestag (Hrsg.): Bericht der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements«. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Deutscher Bundestag Drucksache 14/8900. 2002, S. 40.

¹⁷ Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmodernisierung (Hrsg.): Bürgerengagement – Chance für Kommunen. KGSt-Bericht Nr. 6/1999, S. 12.

¹⁸ Amelung, Pia / Schneckenburger, Daniela: Ansätze einer strukturellen Verankerung von Bildung für nachhaltige Entwicklung. Positionspapier des Deutschen Städtetages, hrsg. v. Deutschen Städtetag, Berlin, Köln 2023, S. 5 f.

3. Gesellschaftliche Vielfalt

Unsere moderne freiheitliche Gesellschaft ist von **Vielfalt und Pluralismus** geprägt. »Dabei bedeutet Pluralismus nicht nur soziale, politische und ökonomische Interessenvielfalt, sondern auch divergierende kulturelle Identitäten und die Freiheit individueller Lebensführung.«¹⁹ Aus dieser Vielfalt folgt, dass demokratische Entscheidungen nur durch Meinungsstreit und Interessenausgleich unter Wahrung der Unterschiedlichkeit zustande kommen können. Diese Vielfalt ist daher nicht nur erhaltenswert, sondern schlechthin konstitutiv für ein demokratisches Gemeinwesen. Das Vorliegende Konzept hat daher auch die Aufgabe, gesellschaftliche Pluralität zu fördern und Diversität als Stärke²⁰ zu verstehen. Dies setzt aber sogenannte Ambiguitätstoleranz – also eine Frustrationstoleranz gegenüber Mehrdeutigkeit, Widersprüchlichkeit und Ungewissheit – voraus, weil Demokratie auch von Widersprüchen, Variabilität, Offenheit gekennzeichnet ist.²¹

4. Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Der Zusammenhalt der Gesellschaft ist enorm wichtig, für das soziale Zusammenleben. Hierbei handelte es sich »um eine Qualität des Miteinanders in der Gesellschaft, die weder auf einem Markt erworben (Wirtschaft) noch per Gesetz verordnet (Staat), werden kann, die aber gleichwohl auch nicht allein im Privaten (Familie) existiert, sondern öffentlich ist.«²² Konkret bedeutet dies, dass die individuellen Einstellungen und Handlungen der Mitglieder der Gesellschaft oder der Kommune aufeinander gerichtet sind, soziale Beziehungen untereinander ein institutionelles Gefüge bilden und der öffentliche Diskurs auf den Zusammenhalt angelegt ist.²³ Es ist Aufgabe der Kommune, hierauf positiv einzuwirken und die **Rahmenbedingungen für ein gesellschaftliches Miteinander** zu schaffen. Daher ist der gesellschaftliche Zusammenhalt auch eines der Handlungsfelder des vorliegenden Konzeptes.

¹⁹ Czada, Roland: Staatliche Integrationspolitik und gesellschaftlicher Pluralismus, in: Bandelow, Nils C. / Hegelich, Simon (Hrsg.), Pluralismus – Strategien – Entscheidungen. Eine Festschrift für Prof. Dr. Klaus Schubert, Wiesbaden 2011, S. 153–169, S. 153.

²⁰ Vgl. Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (Hrsg.): Kommunales Diversity Management. Vielfalt als Chance für die Verwaltungsmodernisierung. KGSt-Bericht Nr. 13/2022.

²¹ Vgl. Hidalgo, Oliver: Die Normativität der Demokratie jenseits der »Wahrheit«, in: Polis 27 (2023), H. 2, S. 7–10, S. 8 f.

²² Unzicker, Kai: Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Konzept, Zustand und Handlungsempfehlungen, in: Die öffentliche Verwaltung 75 (2022), H. 24, S. 1018–2027, S. 1019.

²³ Vgl. Forst, Rainer: Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Zur Analyse eines sperrigen Begriffs, In: Deitelhoff, Nicole Groh-Samberg / Olaf Middell, Matthias (Hrsg.), Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Ein interdisziplinärer Dialog, Frankfurt am Main 2020, 41–53, hier S. 43 f.

III. Strategische Ziele

Die *Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement* (KGSt) unterscheidet normatives Management, strategisches Management und operatives Management. Während unter normativem Management etwa Leitbilder und damit »die grundlegenden, längerfristig gültigen Prinzipien und Spielregeln«²⁴ verstanden werden – wie zum Beispiel das Ziel, dass sich die Stadt Neustadt an der Weinstraße als »**Demokratiestadt**« profilieren soll –, hat das strategische Management die Aufgabe, die Ziele zu konkretisieren und dabei die Grundlagen zur Zielerreichung zu schaffen. Operatives Management hingegen vollzieht die zur Zielerreichung erforderlichen Maßnahmen.

Im vorliegenden Gesamtkonzept sollen aus dem normativen Ziel der Entwicklung zur »**Demokratiestadt**« strategische Ziele entwickelt und mit operativen Maßnahmen unteretzt werden. Dabei soll herausgearbeitet werden, was mit welchen Inhalten bewirkt werden soll und was dafür zu tun ist.²⁵

1. Stärkung der Partizipation

Demokratie lebt von Partizipation. Zur politischen Partizipation zählen unter anderem die Beteiligung an Wahlen, die Mitgliedschaft in Parteien und die Übernahme eines Mandates im Stadtrat oder Ortsbeirat. Dies reicht für eine aktive und vielfältige Demokratie nicht aus. Wichtig ist ebenso eine aktive Zivilgesellschaft, die eine umfassende politische und gesellschaftliche Teilhabe fördert. Zivilgesellschaft bedeutet dabei »eine Kultur der Zivilität, einschließlich der Hochschätzung für Toleranz, Selbständigkeit und Leistung sowie die Bereitschaft zum individuellen und kollektiven Engagement über rein private Ziele hinaus.«²⁶ Die Stadt Neustadt an der Weinstraße sieht sich in der Verpflichtung, dieses Engagement und die Möglichkeit zur **Partizipation zu fördern** und zu stärken, und »fühlt sich dem Ausbau partizipativer Demokratie und der aktiven Pflege der örtlichen Gemeinschaft verpflichtet mit dem Ziel, den sozialen Zusammenhalt zu bewahren. Sie fördert die bürgerschaftliche Selbstorganisation, um Gemeinsinn zu wecken.«²⁷

2. Erhöhung der Sichtbarkeit

In Neustadt an der Weinstraße engagieren sich viele Menschen in Projekten und Vereinen sowie bei verschiedenen Veranstaltungen und in der schulischen und außerschulischen Bildung für Demokratie. Vieles findet dabei aber im Verborgenen statt und erhält nicht die gebührende Aufmerksamkeit. Um das Engagement bekannter zu machen, ist es das strategische Ziel, in Neustadt an der Weinstraße die Initiativen der **Demokratieförderung sichtbarer zu machen**. Dies dient einerseits der Ressourcenbündelung und der Vermeidung von Doppelstrukturen, trägt aber andererseits dazu bei, mehr Menschen

²⁴ *Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement* (Hrsg.): *Strategisches Management*. Bd. II: Wege zur Gesamtstrategie. KGSt-Bericht Nr. 9/2000, S. 7.

²⁵ Vgl. *Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement* (Hrsg.): *Strategisches Management*, a.a.O. (Anm. 24), S. 9; *Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement* (Hrsg.): *Strategiearbeit im Wandel. Warum es sich lohnt, es einfach zu machen*. KGSt-Bericht Nr. 8/2023, S. 22 f.

²⁶ *Kocka, Jürgen*: Zivilgesellschaft. Zum Konzept und seiner sozialgeschichtlichen Verwendung, in: Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (Hrsg.), *Neues über Zivilgesellschaft*. Aus historisch-sozialwissenschaftlichem Blickwinkel. Discussion Paper P01-801, Berlin 2001, S. 4–21, S. 10.

²⁷ *Banner, Gerhard*: Von der Ordnungsgemeinde zur Dienstleistungs- und Bürgerkommune, in: *Der Bürger im Staat* 48 (1998), H. 4, S. 179–186, S. 181.

für Demokratie und die vielfältigen Angebote zu begeistern. Sichtbarkeit bedeutet in diesem Zusammenhang ebenso, Demokratie erfahrbar und erlebbar zu machen, um zu verstehen, warum es wichtig ist, in einem demokratisch verfassten Gemeinwesen zu leben.

3. Förderung der Demokratiebildung

Der Europarat, eine internationale europäische Organisation mit dem Ziel des Schutzes der Menschenrechte, versteht unter »politische Bildung« die »*Bildung, Ausbildung, Bewusstseinsbildung, Information, Praktiken und Aktivitäten, deren Ziel es ist, Lernende durch die Vermittlung von Wissen, Kompetenzen und Verständnis sowie der Entwicklung ihrer Einstellungen und ihres Verhaltens zu befähigen, ihre demokratischen Rechte und Pflichten in der Gesellschaft wahrzunehmen und zu verteidigen, den Wert von Vielfalt zu schätzen und im demokratischen Leben eine aktive Rolle zu übernehmen, in der Absicht, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu fördern und zu bewahren*«. ²⁸ Das Ziel der politischen Bildung ist demnach die **Steigerung der demokratischen Handlungskompetenz**, also **Demokratiebildung**. Diesem Ziel ist die Stadt Neustadt an der Weinstraße verpflichtet, denn der »*Bereich der politischen Bildung bzw. Demokratiebildung ist aus kommunaler Sicht mit Blick auf die lokale Demokratie von besonderer Bedeutung*«, ²⁹ wie der Deutsche Städtetag formuliert.

Sowohl in Schulen als auch im außerschulischen Kontext bedarf es daher der Demokratieförderung. Da politische Bildung in der Regel nur eine Minderheit mit ihren Angeboten erreicht, ³⁰ ist es wichtig, sich an den Lebenswelten und Interessen sowohl der jungen Menschen als auch der Erwachsenen zu orientieren, ³¹ um eine Breitenwirkung zu erzielen. Dies ist mit den Grundsätzen des »*Beutelsbacher Konsenses*« ³² anschlussfähig, der für alle Maßnahmen und Projekte im Bereich der politischen Bildung mit Beteiligung der Stadt Neustadt an der Weinstraße gilt. Er umfasst das sogenannte Überwältigungsverbot, das Prinzip der Kontroversität und die Schülerorientierung. Das bedeutet, dass Themen, die in der Wissenschaft und der Politik kontrovers diskutiert werden, ebenso kontrovers dargestellt werden müssen, es dabei aber nicht zu einer Überwältigung kommen darf, weil es immer das Ziel ist, die Fähigkeit zur Urteilsfähigkeit zu fördern, um die politische Situation und die eigene Position zu analysieren.

²⁸ *Europarat*: Europarats-Charta zur politischen Bildung und Menschenrechtsbildung. Empfehlung CM/Rec (2010)7 des Ministerkomitees des Europarats an die Mitgliedstaaten (verabschiedet vom Ministerkomitee am 11. Mai 2010 anlässlich der 120. Versammlung), Strassburg 2014, S. 7.

²⁹ *Amelung, Pia / Hebborn, Klaus*: Bildungspolitische Positionen. Positionspapier des Deutschen Städtetages, hrsg. v. Deutschen Städtetag, Berlin, Köln 2021, S. 19.

³⁰ Vgl. *Sutor, Bernhard*: Politische Bildung, in: Oberreuter, Heinrich / Haring, Sophie / Schreyer, Bernhard / Scharnberg, Christian u. a. (Hrsg.), Staatslexikon. Recht, Wirtschaft, Gesellschaft. Bd. IV, 8., völlig neu bearb. Aufl., Freiburg, Basel, Wien 2020, Sp. 855–860, Sp. 860.

³¹ Vgl. *Kolleck, Nina*: Politische Bildung und Demokratie. Eine Einführung in Anwendungsfelder, Akteure und internationale Ansätze, Opladen, Toronto 2022, S. 51.

³² Vgl. *Wehling, Hans-Georg*: Konsens à la Beutelsbach? Nachlese zu einem Expertengespräch, in: Widmaier, Benedikt / Zorn, Peter (Hrsg.), Brauchen wir den Beutelsbacher Konsens? Eine Debatte der politischen Bildung, Bonn 2016, S. 19–27, S. 24; kritisch und ergänzend aus heutiger politikdidaktischer Sicht *Eis, Andreas / Lösch, Bettina / Schröder, Achim / Steffens, Gerd*: Frankfurter Erklärung Juni 2015. Für eine kritisch-emanzipatorische Politische Bildung, in: Politisches Lerner 33 (2015), H. 3–4, S. 40 f; *Eis, Andreas*: Vom Beutelsbacher Konsens zur »Frankfurter Erklärung: Für eine kritisch-emanzipatorische Politische Bildung«?, in: Widmaier, Benedikt / Zorn, Peter (Hrsg.), Brauchen wir den Beutelsbacher Konsens? Eine Debatte der politischen Bildung, Bonn 2016, S. 131–139.

4. Gestaltung und Pflege der Netzwerke

Ein Netzwerk unterschiedlicher Akteurinnen und Akteure bietet die Möglichkeit, »*Projekte und Initiativen durchzuführen, die eine einzelne Organisation nicht realisieren könnte.*«³³ Auf der Ebene der Kommune geht es dabei darum, »*die vorhandenen hierarchischen Strukturen [zu] ergänzen*«³⁴ und die Zivilgesellschaft aktiv miteinzubeziehen. Die Bürgerinnen und Bürger werden so zu Teilhabenden und Beteiligten sowie Koproductentinnen und Koproductenten der »**Demokratiestadt**« und der Umsetzung des vorliegenden Konzeptes. Die Inhalte des Konzeptes sind nur mit Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern umzusetzen, daher ist es ein wichtiges strategisches Ziel, die **Netzwerke zu gestalten und zu pflegen**. Dazu gehört etwa, dass sich die Netzwerkpartnerinnen und Netzwerkpartner sowie ihre Angebote jeweils kennen und ein Wissenstransfer untereinander sichergestellt wird.

³³ Biritz, Helena / Neugebauer, Christian / Pawel, Sebastian: Netzwerke und soziale Innovationen in der Praxis, in: Neugebauer, Christian / Pawel, Sebastian / Biritz, Helena (Hrsg.), Netzwerke und soziale Innovationen. Lösungsansätze für gesellschaftliche Herausforderungen?, Wiesbaden 2019, S. 31–47, S. 33.

³⁴ Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (Hrsg.): Leitbild Bürgerkommune, a.a.O. (Anm. 8), S. 33.

IV. Umsetzung der strategischen Ziele

1. Stärkung der Partizipation

a) »Komm mit! Politik erleben« für junge Menschen und Erwachsene

Das Neustadter Politikpraktikum »**Komm mit! Politik erleben**« wird bereits seit nunmehr sieben Jahren erfolgreich durchgeführt.³⁵ Hierbei werden junge Menschen in die Praxis der Kommunalpolitik eingeführt und erfahren durch Mitglieder des Stadtrates aus erster Hand, wie demokratische Strukturen und Prozesse in den kommunalpolitischen Gremien der Stadt funktionieren und welche Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten für die Politik vor Ort bestehen. Dabei stehen einzelne Stadtratsmitglieder als Mentorinnen und Mentoren für die jungen Menschen zur Verfügung, die neben Stadtratsitzungen auch an Fraktions- und Ausschusssitzungen teilnehmen können. Die Mentorinnen und Mentoren beantworten dabei alle Fragen, erläutern Zusammenhänge und freuen sich über Austausch und neue Ideen.³⁶ Ein Begleitprogramm, das zielgruppengerecht zusammengestellt wurde, ergänzt die kommunalpolitischen Erfahrungen um weitere Aspekte der gelebten Demokratie. So besteht die Möglichkeit der Teilnahme an themenbezogenen Vorträgen der Volkshochschule. Obligatorisch ist der gemeinsame Besuch des Landtags Rheinland-Pfalz in Mainz. Neben dem Besuch einer Landtagsitzung nimmt sich ein Landtagsmitglied Zeit, um mit den jungen Menschen über Themen, die sie bewegen, zu diskutieren. Neu seit dem Jahr 2023 ist die Teilnahme an einer »Junior Memory Guide«-Führung. Dabei führen junge Menschen andere junge Menschen im Peer-to-Peer-Format zu Orten der Demokratie- und Diktaturgeschichte in Neustadt an der Weinstraße. Bei Interesse haben die Teilnehmenden des Politikpraktikums »Komm mit!« die Möglichkeit, sich selbst zum »Junior Memory Guide« ausbilden zu lassen (siehe IV. 3. c).

Das Politikpraktikum im Neustadter Stadtrat, das zur kommunalpolitischen Partizipation befähigen soll, wird dabei nicht nur für junge Menschen angeboten, sondern auch halbjährlich für Erwachsene.

Maßnahme 1: Das Politikpraktikum »**Komm mit! Politik erleben**« wird in Kooperation mit den Neustadt Stadtratsfraktionen weitergeführt und im halbjährlichen Wechsel für junge Menschen und für Erwachsene angeboten.

b) »Speakers' Corner«

Zur Demokratie gehört die Kommunikation untrennbar zusammen. »Das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung ist als unmittelbarster Ausdruck der menschlichen Persönlichkeit in der Gesellschaft eines der vornehmsten Menschenrechte überhaupt (...). Für eine freiheitlich-demokratische Staatsordnung ist es schlechthin konstituierend, denn es ermöglicht erst die ständige geistige Auseinandersetzung, den Kampf der Meinungen, der ihr Lebenselement ist.«³⁷ Um einen Meinungsaustausch zu ermöglichen, bedarf es spezifischer Orte und Gelegenheiten. Als einer der bekanntesten Orte kann die »Speakers' Corner« im Londoner Hyde Park gelten, die seit dem Jahre 1872 durch die Parkordnung als

³⁵ Vgl. Keller, Katharina: »Unterricht« in Demokratie. »Kommunalpolitik in die Schulen«: Erstes Projekt des neu gegründeten Bildungsbüros startet, in: Die Rheinpfalz (Mittelhardter Rundschau) vom 20. Juni 2017, S. 13.

³⁶ Vgl. Langenbahn, Ann Kristin: Gemeinsam für gelebte Demokratie, in: stadt land bildung. Magazin für Kommunales Bildungsmanagement (2019), H. 7, S. 19–21, S. 19.

³⁷ Bundesverfassungsgericht: Urteil vom 15.1.1958 – 1 BvR 400/51, in: Verwaltungs-Rechtsprechung in Deutschland 10 (1958), H. 1, S. 419–434, S. 423.

Ort der freien Rede genehmigt wurde und heute sinnbildlich für die Bürgerechte in Großbritannien steht.³⁸

In Neustadt an der Weinstraße kann auf dem Juliusplatz unmittelbar an der Skulptur des »Zeitungslesers« ein solcher Ort, eine »**Speakers' Corner**« entstehen. Den Bürgerinnen und Bürgern wird somit die Möglichkeit gegeben, je nach Bedarf, Interesse, Anlass und Befinden frei ihre Meinung öffentlich kundzutun. Hierzu bedarf es eines Hockers oder eines kleinen Podestes, beispielsweise durch eine für Neustadt an der Weinstraße typische Weinkiste. Um klare Regularien zu schaffen, sollten feste Redezeiten, beispielsweise werktäglich von 8 bis 20 Uhr, festgelegt werden. Der jeweilige Redebeitrag sollte nicht länger als 15 Minuten dauern; auf Lautsprecher oder Megafone sollte verzichtet werden. Über die wichtigsten Regeln sollte auf einem Schild informiert werden. Die »Speakers' Corner« könnte zum »Fest der Demokratie« im Jahre 2026 (siehe IV. 4. a) »eingeführt« werden, da eine Realisierung derzeit aufgrund der aktuellen Situation nicht zu empfehlen ist. Bevor ein Detailkonzept erarbeitet wird, sollte ein Erfahrungsaustausch mit Münster und Neu-Ulm erfolgen, wo erst kürzlich eine »Speakers' Corner« eröffnet wurde.³⁹

Maßnahme 2: Es wird ein Feinkonzept mit dem Ziel erarbeitet, zum »Fest der Demokratie« 2026 eine »**Speakers' Corner**« zu eröffnen.

c) »Agora-Plattform« für öffentliche Diskussionen

Während der Demokratie heute vor allem repräsentative Methoden der Entscheidungsfindung zu eigen sind, war für die Demokratie im alten Athen vor allem die Versammlung der freien Bürger auf der Agora typisch.⁴⁰ Hier spielte sich aber nicht nur das politische, sondern das gesamte öffentliche Leben ab; die Agora diente dabei ebenso kultischen und wirtschaftlichen Zwecken.⁴¹ Obgleich die Demokratie des antiken Griechenlands heute nicht mehr als Vorbild taugt, kann die Idee der Agora als öffentlicher Raum der Demokratie, als Ort der Diskussionen und des Meinungsaustausches die Formen der repräsentativen und direkten Demokratie auf kommunaler Ebene auch in Neustadt an der Weinstraße ergänzen: »*Neue Formen der Aussprache müssen gefunden werden, in denen die Menschen sich einbringen und ihr vielfältiges Wissen und ihre tiefen Kenntnisse in unendlich vielen Fachgebieten zur Lösung der drängenden Fragen zur Verfügung stellen können. Wir brauchen so etwas wie die politische Kultur Athens, so etwas wie die Agora im Stadtzentrum.*«⁴²

Für eine »**Agora-Plattform**« für öffentliche Diskussionen bietet sich in Neustadt an der Weinstraße der Marktplatz oder das Hambacher Schloss an, wo bereits regelmäßig öffentlich diskutiert wird. Damit diese Diskussionen trotz kontroverser Themen respektvoll und friedlich ablaufen, sind eine Moderation und klare Regeln erforderlich. Zugleich ist darauf zu achten, dass keine inhaltlichen Einschränkungen vorgegeben sind, auch wenn die Themen, über die diskutiert werden kann, heikel sein mögen. Die Themen können aus allen Bereichen der Politik stammen, um etwa Meinungen und Ideen zu konkreten

³⁸ Vgl. Roberts, John Michael: The Enigma of Free Speech: Speakers' Corner, The Geography of Governance and a Crisis of Rationality, in: Social & Legal Studies 9 (2000), H. 2, S. 271–292, S. 272.

³⁹ Vgl. Dirner, Niko: Neu-Ulm schafft Platz für freie Rede, in: Südwest Presse vom 17. Oktober 2019, S. 19; Dirner, Niko: Freibier zur Premiere. Speakers' Corner, in: Südwest Presse vom 12. Mai 2023, S. 18.

⁴⁰ Vgl. Buchstein, Hubertus / Jörke, Dirk: Das Unbehagen an der Demokratietheorie, in: Leviathan 31 (2003), H. 4, S. 470–495, S. 472.

⁴¹ Vgl. Mitterauer, Michael: Das Problem der zentralen Orte als sozial- und wirtschaftshistorische Forschungsaufgabe, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 58 (1971), H. 4, S. 433–467, S. 445.

⁴² Sandler, Ulrich: Das Gespinnst der Digitalisierung. Menschheit im Umbruch – auf dem Weg zu einer neuen Weltanschauung, Wiesbaden 2018, S. 239.

Vorhaben auszutauschen, als auch den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger Raum zu geben. Die zeitliche Begrenzung und die formalen Vorgaben werden vorher klar vereinbart. Das Ziel ist es, in der »**Demokratiestadt**« allen Meinungen offen und gleich zu begegnen sowie für den Meinungsaustausch einen Raum zu schaffen. Der unmittelbare Kontakt zwischen Politik und Bürgerschaft ist dabei ein großer Vorteil. Die Bürgerinnen und Bürger können ihre Fragen, Anliegen sowie Interessen und Meinungen öffentlich kundtun und mit Ansprechpersonen aus der Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung darüber diskutieren. So können sie die Erfahrungen machen, dass sie sich direkt einbringen können und Politik die Anliegen der Bürgerschaft wahr- und ernstnimmt. Dies setzt voraus, »*dass die kommunalen Entscheidungsträger von sich aus auf die Bürger zugehen und die Beteiligung der Bürger eher als Bereicherung*«⁴³ verstehen. Die »**Agora-Plattform**« für öffentliche Diskussionen kann so der Entwicklung einer lebendigen und demokratischen Stadt dienen und den Anspruch einer »*Keimzelle*«⁴⁴ oder »*Grundschule der Demokratie*«⁴⁵ verwirklichen.

Maßnahme 3: Ein Konzept für eine »**Agora-Plattform**« für öffentliche Diskussionen wird gemeinsam mit Partnerinnen und Partnern des »Demokratienetzwerkes« entwickelt.

d) Orte der Begegnung und Räumlichkeiten ohne Konsumzwang

Für einen Meinungsaustausch sind aber auch »Räume« der Begegnung notwendig, die heute als sogenannte »dritte Orte« beschrieben werden, also Räume, die nicht zuhause sind (»erster Orte«) und nicht der Arbeit dienen (»zweiter Ort«).⁴⁶ Solch einen Raum bieten beispielsweise die Stadtbücherei und die »Bürgerecke«, insbesondere aber das **Mehrgenerationenhaus** in Neustadt an der Weinstraße. Aufgabe des Mehrgenerationenhauses, das im Rahmen des Bundesprogramm »Mehrgenerationenhaus. Miteinander – Füreinander« gefördert wird, ist es, »*ein generationenübergreifendes Miteinander zu fördern, einen Dienstleistungsmarkt um Haushalt und Nachbarschaft aufzubauen und bürgerschaftliches Engagement*«⁴⁷ zu fördern. Außerdem versteht es sich als offener Ort für die Beratung von Familien und die Organisation von Alltagshilfen.⁴⁸ Anders als an anderen Orten besteht aber nicht die Notwendigkeit, hier etwas konsumieren, also käuflich erwerben zu müssen. Die Angebote sind stattdessen kostenfrei oder erheben lediglich einen kleinen Unkostenbeitrag. Dadurch besteht keine Zugangsbarriere.

Dieser offene Ort bietet die Möglichkeit der Begegnung, des Austausches, der Unterstützung und der Kommunikation für alle Altersgruppen – sowohl für Besuchende der Einrichtung, als auch für Freiwillige, Vereine und Organisationen, die einen Raum für ihr gemeinwohlorientiertes Engagement suchen. Dabei kommt dem Mehrgenerationenhaus eine Doppelrolle zu: Einerseits wirbt es für Engagement im

⁴³ Bogumil, Jörg / Holtkamp, Lars: Bürger und Verwaltung, in: Veit, Sylvia / Reichard, Christoph / Wewer, Göttrik (Hrsg.), Handbuch zur Verwaltungsreform, 5., vollst. überarb. Aufl., Wiesbaden 2019, S. 165–179, S. 171.

⁴⁴ Bundesverfassungsgericht: Beschluß vom 23.11.1988 – 2 BvR 1619/83, 2 BvR 1628/83, a.a.O. (Anm. 5), 349.

⁴⁵ Holtmann, Everhard / Rademacher, Christian / Reiser, Marion: Kommunalpolitik, a.a.O. (Anm. 6), S. 12.

⁴⁶ Vgl. Drews, Anja: Zuhause am »Dritten Ort«. Beheimatungen an informellen Treffpunkten durch Kultur, in: Sievers, Norbert / Blumenreich, Ulrike / Dengel, Sabine / Wingert, Christine (Hrsg.), Jahrbuch für Kulturpolitik 2019/20. Bd. 17. Thema: Kultur.Macht.Heimaten. Heimat als kulturpolitische Herausforderung, Bielefeld 2020, S. 355–359, S. 356.

⁴⁷ Staats, Melanie / Gess, Christopher / Henkel, Anna Iris: Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser, in: Emminghaus, Christoph / Staats, Melanie / Gess, Christopher (Hrsg.), Lokale Infrastruktur für alle Generationen. Ergebnisse aus dem Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser, Bielefeld 2012, S. 13–17, S. 13.

⁴⁸ Vgl. Mehrgenerationenhaus: Als »Haus der Familie« bestätigt, in: Die Rheinpfalz (Mittelhardter Rundschau) vom 20. Mai 2023, S. 15.

Haus und wirkt damit als »Freiwilligenbegegnungsstätte«, andererseits will es insgesamt für zivilgesellschaftliches Engagement werben, Engagementwillige vermitteln und für Engagement Räumlichkeiten zur Verfügung stellen und wirkt somit als »Freiwilligendrehscheibe«. ⁴⁹ Das Mehrgenerationenhaus Neustadt an der Weinstraße ist damit der »ideale ›Dritte Ort‹«, denn es »ist ein Ort des Treffens, des Lernens, der Kunst und der Kultur, der seinen Nutzer*innen die Möglichkeit zur Gestaltung des Ortes gibt.« ⁵⁰ Die Stadt Neustadt an der Weinstraße will daher die Angebote des Mehrgenerationenhauses und andere Orte der Begegnung weiterhin unterstützen und bekannter machen – auch um die Kommunikationsräume in Neustadt an der Weinstraße zu unterstützen und eine engagementfördernde Infrastruktur ⁵¹ zu entwickeln.

Maßnahme 4: Das **Mehrgenerationenhaus** Neustadt an Weinstraße wird als »Freiwilligenbegegnungsstätte« zu einer engagementfördernden Einrichtung weiterentwickelt.

e) *Beteiligung junger Menschen*

Die Beteiligung junger Menschen an kommunalpolitischen Entscheidungen ist nicht nur aus pädagogischen Gründen sinnvoll, weil junge Menschen so frühzeitig lernen, wie demokratische Prozesse funktionieren und sie Selbstwirksamkeit erfahren können. Inzwischen ist die Beteiligung junger Menschen in Rheinland-Pfalz durch eine Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften verbindlich geregelt. ⁵² Ziel des Gesetzgebers war dabei die »Schaffung guter Rahmenbedingungen für eine möglichst frühzeitige Teilhabe und Mitwirkung der Jugendlichen an kommunalen Entscheidungsprozessen«, da dies eine »grundlegende Voraussetzung für zukunfts feste und langfristig gute politische Entscheidungen« ⁵³ sei. Empirische Untersuchungen bekräftigen diesen Zusammenhang. ⁵⁴ Künftig sollen daher Kinder und müssen Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die deren Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligt werden. Die Gemeinden sollen dabei über die in der Gemeindeordnung vorgesehene Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner hinaus geeignete Verfahren entwickeln und durchführen. Zur Stärkung der Beteiligung soll auch beitragen, dass künftig Jugendliche die Einrichtung einer institutionalisierten Jugendvertretung beantragen können und der Stadtrat innerhalb von drei Monaten nach Eingang des Antrags über die Einrichtung der Jugendvertretung zu entscheiden hat. Zwar hat es der Gesetzgeber ausdrücklich vermieden, die verbindliche Einrichtung einer Jugendvertretung festzulegen, ⁵⁵ gleichwohl soll diese Regelungen dazu führen, die Beteiligungsmöglichkeiten auszubauen. Tatsächlich hat die institutionelle Beteiligung junger Menschen an kommunalpolitischen Entscheidungen eine lange Tradition und ist von der politischen Kultur vor Ort abhängig; sie gilt allerdings als relativ

⁴⁹ Vgl. Henke, Anna Iris: Stärkung des Freiwilligen Engagements, in: Emminghaus, Christoph / Staats, Melanie / Gess, Christopher (Hrsg.), Lokale Infrastruktur für alle Generationen. Ergebnisse aus dem Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser, Bielefeld 2012, S. 73–84.

⁵⁰ Bangert, Hanne: Soziokultur und »Dritte Orte«, in: Sievers, Norbert / Blumenreich, Ulrike / Dengel, Sabine / Wingert, Christine (Hrsg.), Jahrbuch für Kulturpolitik 2019/20. Bd. 17. Thema: Kultur.Macht.Heimaten. Heimat als kulturpolitische Herausforderung, Bielefeld 2020, 373–377, S. 377.

⁵¹ Vgl. Klein, Ansgar / Neuling, Johanna / Schaaf-Derichs, Carola / Fuchs, Petra: Infrastruktureinrichtungen der Engagementförderung im kommunalen Raum. Nachhaltigkeit als zentrale Herausforderung der Engagementpolitik, in: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für Öffentliche und Private Fürsorge 92 (2012), H. 12, S. 594–597, S. 595.

⁵² Psczolla, Agneta: Neuerungen in der Gemeindeordnung zur Jugendbeteiligung, in: Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz (Hrsg.), Jugendvertretungen. Grundlagen, Beispiele, Informationen, Mainz 2023, S. 6 f., S. 6.

⁵³ Landesregierung Rheinland-Pfalz: Gesetzentwurf der Landesregierung. Landesgesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften. Landtag Rheinland-Pfalz Drucksache 18/4939, S. 13.

⁵⁴ Vgl. Prein, Gerald / Sass, Erich / Züchner, Ivo: Lernen im freiwilligen Engagement und gesellschaftliche Partizipation. Ein empirischer Versuch zur Erklärung politischen Handelns, in: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 12 (2009), H. 3, S. 529–547.

⁵⁵ Vgl. Landesregierung Rheinland-Pfalz: Gesetzentwurf der Landesregierung, a.a.O. (Anm. 53), S. 34.

instabil.⁵⁶ Dies spricht aber grundsätzlich nicht gegen Jugendbeteiligung, sondern zeigt, wie wichtig es ist, die Beteiligung junger Menschen zu unterstützen.

In Neustadt an der Weinstraße gibt es bereits zwei verschiedene Formate der Beteiligung junger Menschen: Einerseits besteht seit dem Jahr 2003 eine **Jugendvertretung**, die aber seit geraumer Zeit nicht mehr arbeitet; andererseits ist seit einigen Jahren die »Engagierte Jugend Neustadt« aktiv. Diese Jugendorganisation entstand aus dem freiwilligen Engagement in der Flüchtlingshilfe und hat den Anspruch, die Interessen junger Menschen aller Altersgruppen und Schularten zu vertreten. Für ihr Engagement war die »Engagierte Jugend Neustadt« im Jahre 2017 für den »Deutschen Engagementpreis« nominiert.⁵⁷

Die Beteiligung junger Menschen in Neustadt an der Weinstraße ist aber nicht an diese beiden Formen gebunden, sondern kann sich weiterentwickeln. Die Stadt Neustadt an der Weinstraße als »**Demokratiestadt**« will die Rahmenbedingungen für eine breite **Beteiligung junger Menschen** an kommunalpolitischen Entscheidungen schaffen. Dies muss nicht zwangsläufig in Form einer offiziellen Jugendvertretung⁵⁸ oder einer Jugendorganisation⁵⁹ sein, bedarf aber einer Struktur, die junge Menschen selbstentwickeln und gestalten können. Zuvor müssen junge Menschen aber für die Möglichkeiten der Partizipation begeistert werden. Dies ist die Aufgabe aller Einrichtungen, in denen sich junge Menschen aufhalten – seien es Kindertageseinrichtungen, Schulen, Einrichtungen der offenen Jugendarbeit oder die Jugendverbände. Die Stadt Neustadt an der Weinstraße unterstützt hierbei und nutzt dafür die »Kerngruppe« des »Demokratienetzwerkes« und den »Arbeitskreis Demokratiebildung« (IV. 4. b), um geeignete Formen der Jugendbeteiligung gemeinsam mit jungen Menschen zu entwickeln und erfolgreich umzusetzen.

Maßnahme 5: Gemeinsam mit jungen Menschen wird ein **Konzept für Jugendbeteiligung** in Neustadt an der Weinstraße erarbeitet. Dabei sollen die Interessen und die von jungen Menschen gewünschten Beteiligungsformate im Vordergrund stehen.

2. Erhöhung der Sichtbarkeit

a) Informations- und Kommunikationsstrategie

Moderne Verwaltungen und so auch die Stadtverwaltung Neustadt an der Weinstraße verfolgen den Anspruch, transparent und umfassend über ihre Aktivitäten zu informieren – und dies nicht nur, weil die Gemeindeordnung in Rheinland-Pfalz vorschreibt, dass die Einwohnerinnen und Einwohner über wichtige Angelegenheiten aus dem Bereich der örtlichen Verwaltung in geeigneter Form zu unterrichten sind, sondern weil Bürgerinnen und Bürger sich nur dann beteiligen und die Kommune mitgestalten

⁵⁶ Vgl. *Hermann, Michael C.*: 30 Jahre Jugendgemeinderäte in Deutschland – Rückblick und Ausblick, in: Gürlevik, Aydin / Hurlmann, Klaus / Palentien, Christian (Hrsg.), *Jugend und Politik. Politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen*, Wiesbaden 2016, S. 337–348, S. 346 f.

⁵⁷ Vgl. *Kreilinger, Wolfgang*: Engagierte Jugend für Engagement-Preis nominiert, in: *Die Rheinpfalz (Mittelhardter Rundschau)* vom 15. September 2017, S. 14.

⁵⁸ Auch hier gibt es eine Formenvielfalt; siehe *Gruber, Sebastian*: Formen von Jugendvertretungen, in: *Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz (Hrsg.), Jugendvertretungen. Grundlagen, Beispiele, Informationen*, Mainz 2023, S. 12 f.

⁵⁹ Die Aufgabe der Jugendverbände besteht ohnehin in der »Interessenvertretung junger Menschen in der Gesellschaft«, so *Struck, Jutta / Schön, Markus*: Förderung der Jugendverbände, in: *Wiesner, Reinhard / Wapler, Friederike (Hrsg.), SGB VIII. Kinder- und Jugendhilfe. Kommentar*, 6. Aufl., München 2022, § 12, Rn. 15.

können, wenn sie über die notwendigen Informationen verfügen: »Die Bürgerkommune braucht Bürger-Kommunikation.«⁶⁰ Darum ist es wichtig, über alle Angebote der Partizipation, der Demokratiebildung und des Engagements umfassend und gebündelt zu informieren.

Für eine umfassende Information über die Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten im Bereich der Demokratieförderung bietet sich ein »**Bildungsportal**« an. Dies ist eine internetbasierte Datenbank, die eine Übersicht über die Akteurinnen und Akteure, Einrichtungen und demokratiefördernden Angebote enthält und dadurch ebenso eine Vernetzung der Beteiligten und eine Koordinierung durch die Kommune ermöglicht.⁶¹ Dies soll Teil des hybriden »Neustadter Haus der Demokratie« (siehe IV. 2. c) sein. Entscheidend dabei ist, dass der Zugang barrierearm, die Informationen aktuell, die Akteure intensiv eingebunden und die jeweiligen Zielgruppen definiert sind.⁶² Der große Vorteil besteht darin, dass sich sowohl Bürgerinnen und Bürger, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler sowie alle Interessierten schnell einen Überblick über Angebote, etwa über die Gedenk- und Erinnerungsorte, die Beteiligungsmöglichkeiten und die Veranstaltungen verschaffen können. Darüber hinaus ist es möglich, weitere Fachinformationen zur Verfügung zu stellen.

Die Vernetzung und inhaltliche Abstimmung und das Verfolgen gemeinsamer bildungspolitischer Ziele wird durch ein »Bildungsportal« deutlich einfacher, weil Angebote und Akteurinnen und Akteure bekannt sind sowie gebündelt dargestellt werden und dadurch die Grundlagen für gelingende Kooperationen gelegt sind. So wird es gleichsam möglich, den Anspruch einer »**Bildungslandschaft**« auch im Bereich der Demokratieförderung einzulösen, denn Bildungslandschaften »zielen auf eine strukturierte Abstimmung von Bildungsstrukturen und -organisation, auf die Entwicklung eines gemeinsamen Förderplans der Institutionen und Akteure, mithin auf ein Gesamtkonzept der gemeinsamen Verantwortung und des Handelns ab.«⁶³

Neben einer digitalen Abbildung der »Bildungslandschaft« und einer inhaltlichen Abstimmung ist eine **gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit** der Akteure wichtig, um koordiniert nach Außen aufzutreten. Dies kann beispielsweise durch ein »Siegel« oder ein »Logo« der Neustadter Akteurinnen und Akteure im Bereich der Demokratieförderung erfolgen, durch eine gemeinsame Broschüre der Gedenk- und Erinnerungsorte und durch regelmäßige gemeinsame Veranstaltungen. Darüber hinaus ist es wichtig, alle Akteurinnen und Akteure regelmäßig über Bildungs- und Beteiligungsangebote, Projekte, etwaige Kooperationen sowie Fördermöglichkeiten zu informieren. Dies soll über einen Newsletter des »Demokratienetzwerkes« (siehe IV. 4. a) erfolgen.

Maßnahme 6: Für die Darstellung der verschiedenen Angebote und Akteure der Demokratiebildung sowie der Neustadter Bildungslandschaft wird ein »**Bildungsportal**« entwickelt.

Maßnahme 7: Im Rahmen des »Demokratienetzwerkes« wird eine **gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit** abgestimmt.

⁶⁰ König, Armin: Bürgerkommune. Ein Überblick, Wiesbaden 2019, S. 23.

⁶¹ Vgl. Becker, Karin: Digitalen Wandel steuern Herausforderungen und. Handlungsoptionen für ein kommunales Bildungsmanagement, in: Aram, Elisabeth / Klausning, Julia (Hrsg.), Ansätze zur digitalen Transformation für Bildungslandschaften. Veränderungen gestalten: Aspekte kommunaler Bildung im Wandel, Offenbach am Main 2022, S. 10–14, S. 12.

⁶² Vgl. Reinhold, Carola / Sterzenbach, Kai: Weiterbildungsportale in Lernenden Regionen – Voraussetzungen, Erfolgsfaktoren und Risiken, in: Klein, Birgit / Wohlfart, Ursula (Hrsg.), Die Lernenden Regionen in NRW. Ergebnisse und Impulse für die Bildungspraxis, Bielefeld 2008, S. 24–29.

⁶³ Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge: Diskussionspapier des Deutschen Vereins zum Aufbau Kommunaler Bildungslandschaften, in: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für Öffentliche und Private Fürsorge 87 (2007), H. 7, S. 294–304, S. 298.

b) »Demokratiedenkmal«

Neustadt an der Weinstraße profiliert sich auf nationaler sowie internationaler Ebene als »Wein- und Demokratiestadt«. Bereits der Namenszusatz »an der Weinstraße« erzeugt Assoziationen zum Weinbau. Die Weinkultur ist unter anderem durch die umliegenden Weinberge und verschiedene kulinarische sowie touristische Angebote in der Stadt präsent und kennzeichnet Neustadt an der Weinstraße als »Weinstadt«. Während der Wein mit verschiedenen Sinnen erfahren werden kann – Sehen, Tasten, Riechen und nicht zuletzt Schmecken – nehmen viele die Demokratie lediglich unterschwellig wahr, obwohl diese erlebbar ist. Ziel muss daher sein, vergleichbar zum Thema »Weinstadt«, auch das Thema **»Demokratiestadt«** offenkundiger und greifbarer zu machen, denn *»Moderne Demokratien sind Generatoren von Vorstellungen. Sie motivieren und stützen sich nicht nur auf Ideen und rationale Prinzipien, sondern auch auf Bilder, Symbole, Gefühle und Vorstellungen des gemeinsamen Lebens, des Staates und der Regierenden.«*⁶⁴ Diese Funktionen kann ein Denkmal übernehmen, da dies besonders gut dazu geeignet ist, das individuelle »Sich-Erinnern« und das öffentliche »Erinnert-werden« zu vereinen.⁶⁵

Eine Skulptur oder Plastik böte daher die Möglichkeit, die Demokratie und ihre Werte visuell und haptisch auszudrücken und öffentlich im Stadtbild sichtbar zu machen. Ein **»Demokratiedenkmal«** kann Aufmerksamkeit auf das Thema lenken und die Betrachtenden erkennen lassen und daran erinnern, dass Neustadt an der Weinstraße eine **»Demokratiestadt«** ist und sich als solche versteht. Es sollte mit einer zusätzlichen Informationstafel versehen sein, mit deren Hilfe sich Interessierte sowohl über die künstlerische Absicht als auch über den Hintergrund der **»Demokratiestadt«** informieren können. Ein Beispiel für ein »Demokratiedenkmal« ist der »Freiheitsbrunnen« des Künstlers *Bonifatius Stirnberg* in Homburg. Er wurde 1992 eingeweiht und soll an die Rolle Homburgs im Vorfeld des »Hambacher Festes« erinnern.⁶⁶

Die Wahl des Standortes des Denkmals ist essenziell. Hierfür kommt der Neustadter Rathausinnenhof in Frage: Das Rathaus gilt historisch als Ausdruck der bürgerlichen Herrschaft in der Stadt – in Abgrenzung etwa von Schlössern als Zeichen aristokratischer Herrschaft.⁶⁷ Das Rathaus als Zentrum und Symbol der Demokratie vor Ort wäre ein geeigneter Standort, da sich die Botschaft des Denkmals und die Bedeutung des Rathauses gegenseitig verstärken könnten. *»Denkmäler bergen in diesem Sinne das Potenzial, Personen und Ereignisse anderer zeitlicher, räumlicher oder sinnlicher Kontexte an ausgewählten Orten zu repräsentieren und ihnen somit auch eine leibliche Präsenz zu verleihen.«*⁶⁸ Dieses Potential sollte genutzt werden.

Maßnahme 8: Die Idee eines Neustadter **»Demokratiedenkmal«** im Innenhof des Rathauses wird verwirklicht.

⁶⁴ *Diehl, Paula:* Repräsentation im Spannungsfeld von Symbolizität, Performativität und politischem Imaginären, in: Diehl, Paula / Steilen, Felix (Hrsg.), Politische Repräsentation und das Symbolische, Wiesbaden 2016, S. 7–22, S. 7.

⁶⁵ Vgl. *Weigand, Katharina:* Denkmal. Historisch, in: Oberreuter, Heinrich / Haring, Sophie / Schreyer, Bernhard / Scharnberg, Christian u. a. (Hrsg.), Staatslexikon. Recht, Wirtschaft, Gesellschaft. Bd. I, 8., völlig neu bearb. Aufl., Freiburg, Basel, Wien 2017, Sp. 1251–1253, Sp. 1251.

⁶⁶ Vgl. Freiheitsbrunnen Homburg besonders bedeutsam. Ein Bundesprojekt würdigt den Ort in Sachen Demokratieggeschichte als Erinnerung an Johann Georg August Wirth, in: Saarbrücker Zeitung (Homburger Rundschau) vom 18. November 2020, S. 17.

⁶⁷ Vgl. *Reschl, Richard:* Vom Leben in der Stadt – Gemeinden und Kreise als soziale Gebilde, in: Mann, Thomas / Püttner, Günter (Hrsg.), Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis. Bd. I: Grundlagen und Kommunalverfassung, 3., völlig neu bearb. Aufl., Berlin, Heidelberg, New York 2007, S. 291–306, S. 294.

⁶⁸ *Nêve, Dorothee de:* DenkMal – Partizipation im öffentlichen Raum, in: Barsch, Sebastian / Wesselmann, Katharina / Arias Ferrer, Laura / Leinung, Silja (Hrsg.), erinnern_zerstören_gestalten. Denkmäler im interdisziplinären Diskurs, Kiel 2023, S. 149–176, S. 151.

c) »Neustadter Haus der Demokratie«

Das »**Neustadter Haus der Demokratie**« soll als Ort der politischen Bildung und demokratischen Teilhabe in einem In hybridem Format durch ein digitales »Bildungsportal« (siehe IV. 2. a) als auch durch die Kooperation mit verschiedenen Partnerinnen und Partner deutlich werden. Originäres Ziel ist es, für Bürgerinnen und Bürger, für die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Neustadter »Bildungslandschaft« sowie für alle Interessierten und Engagierten die erforderliche Sichtbarkeit der bestehenden und geplanten Aktionen, Veranstaltungen, Ausstellungen und sonstigen Formaten aus dem Bereich der Demokratieförderung und politischen Bildung herzustellen sowie Fach- und Methodenkompetenz zu vermitteln. Darüber hinaus ist es Aufgabe des »Hauses der Demokratie«, einen Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft herzustellen – und damit an der »*Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur*« sowie an »*der Vermittlung von Wissen über das Politische in die Gesellschaft hinein*«⁶⁹ mitzuwirken – sowie Projekte der Demokratieförderung und politischen Bildung zu initiieren und die Stadt Neustadt an der Weinstraße weiterhin als »**Demokratiestadt**« zu profilieren.

Neben einer Darstellung auf der städtischen Homepage könnte die Tourist-Information eine **digitale Informationstafel** mit gebündelten Informationen anbieten. Der Hinweis auf reale städtische Orte, wie beispielsweise den »Klemmhof«, die Volkshochschule, das Mehrgenerationenhaus ist hierbei ebenso wichtig wie Informationen über das Hambacher Schloss und die Gedenkstätte für NS-Opfer und deren jeweilige Programme. Insbesondere die Nutzung der Räume im »Klemmhof« können der Durchführung von Seminaren, Workshops, Veranstaltungen und Fachtagungen dienen:

Der Veranstaltungsraum des »Klemmhofes« bietet künftig eine ausgezeichnete Möglichkeit, Fachtagungen und Veranstaltungen abzuhalten. So könnte die Ausbildung der städtischen »Junior Memory Guides« (siehe IV. 3. b) hier in Teilen durchgeführt werden. Ebenso ist die in der »**Demokratiestadt**« geplante Qualifizierung von Fachkräften der politischen Bildung (siehe IV. 3. b) hier im Herzen Neustadts an der Weinstraße denkbar und kann durch die zentrale Lage gut mit den Exkursionsanteilen der Ausbildung auf dem Hambacher Schloss und der Gedenkstätte für NS-Opfer genutzt werden. Ebenso bietet sich der Ort für die Umsetzung der Idee einer »Agora-Plattform« für öffentliche Diskussionen (siehe IV. 3. d) im kleinen Maßstab an. Die Treffen des »Demokratienetzwerk« (siehe IV. 4. b) können hier ebenso stattfinden.

Darüber hinaus kann der künftige Ausstellungsraum im »Klemmhof« für verschiedene Formate der Bildung und Demokratieförderung genutzt werden. Bereits im Februar 2023 fand hier die Ausstellung »Auftakt des Terrors – Frühe Konzentrationslager im Nationalsozialismus« in Kooperation mit der Stadt Neustadt an der Weinstraße statt.⁷⁰

Maßnahme 9: In Neustadt an der Weinstraße wird ein hybrides »**Haus der Demokratie**« entwickelt, um alle Aktivitäten im Bereich der Demokratieförderung sichtbar zu bündeln.

⁶⁹ *Massing, Peter:* Politikwissenschaft und politische Bildung. Etappen - Herausforderungen - Perspektiven, in: Bergem, Wolfgang / Schöne, Helmar (Hrsg.), *Wie relevant ist die Politikwissenschaft? Wissenstransfer und gesellschaftliche Wirkung von Forschung und Lehre*, Wiesbaden 2022, S. 163–177, S. 173 f.

⁷⁰ Vgl. *Pöschel, Holger:* Probelauf fürs Weitere. Zwei Jahre intensive Vorbereitung stecken in der Ausstellung »Auftakt des Terrors«, in: *Die Rheinpfalz (Mittelhaardter Rundschau)* vom 28. Februar 2023, S. 15.

d) »Demokratiepavillon« auf der Landesgartenschau

Die Landesgartenschau wird im Jahr 2027 in der Stadt Neustadt an der Weinstraße mit dem Motto »*Sprung ins Grüne*« stattfinden.⁷¹ Das Landesgartenschau-Gelände wird ein ökologisch und sozial integriertes Naherholungsgebiet, das einen sinnstiftenden und nachhaltigen Mehrwert für die ganze Stadt mit sich bringen wird. Die Hügelkuppe wird mit einer Art »Naturtribüne« als gebautes Landschaftselement überhöht, die den Blick nach Neustadt an der Weinstraße in Szene setzen und eine Blickachse in Richtung des Hambacher Schlosses eröffnen wird.

Demokratiebildung und -förderung werden ein wichtiges Thema bei der Landesgartenschau sein – und sind aktueller denn je. Und wo wäre ein attraktiverer Ort, vielfältige Angebote und Akteure wie das Politikpraktikum »Komm mit! Politik erleben« (siehe IV. 1. a) oder den »Junior Memory Guide« (siehe IV. 3. c) als auch die Gedenkstätte für NS-Opfer Neustadt (siehe IV. 3. a) erfahr- und erlebbarer zu machen, als in einem interaktiven und erlebnisreichen »**Demokratiepavillon**« auf dem Gelände der Landesgartenschau. Hier lassen sich die Themen der Landesgartenschau mit der »Bildung für nachhaltige Entwicklung« und der politischen Bildung kombinieren, denn »*Bildung für nachhaltige Entwicklung beschränkt sich hierbei nicht auf ›Klimaschutz‹, sondern umfasst ebenso ökologische, ökonomische, soziale und kulturelle Dimensionen.*«⁷² Hierzu sollte ein geeigneter Raum zur Verfügung stehen, indem beispielsweise Workshops, Lesungen, Diskussionen und andere Veranstaltungen durchgeführt werden können. Schulklassen könnten im Rahmen der Buchung des »Rundum-Demokratie-Paketes« (siehe IV. 3. d) das Modul »Landesgartenschau« dazu buchen. Die Führungen der »Junior Memory Guides« könnten inhaltlich erweitert und auf dem Weg von der Stadt zum Landesgartenschau-Gelände mit Hilfe von Geocaching ergänzt werden.

Maßnahme 10: Im Rahmen der Landesgartenschau wird ein »**Demokratiepavillon**« für die Angebote der Demokratieförderung und Demokratiebildung eingerichtet.

3. Förderung der Demokratiebildung

a) Gedenk- und Erinnerungsarbeit

Der Deutsche Städtetag betont in einem Positionspapier: »*Erinnern dient der Orientierung der Stadtgesellschaft in der Gegenwart und für die Zukunft. Die Förderung des Geschichtsbewusstseins einer Stadt und der Selbstvergewisserung seiner Bewohnerinnen und Bewohner bildet einen wesentlichen Anker unserer Demokratie.*«⁷³ »Erinnern« meint dabei »*alle denkbaren Formen der öffentlichen Erinnerung an historische Ereignisse und Prozesse, seien sie ästhetischer, politischer oder kognitiver Natur.*«⁷⁴ Insbesondere die **Gedenk- und Erinnerungsarbeit vor Ort** hat die Möglichkeit, das Geschichts-

⁷¹ Vgl. *Herbert, Anke*: Mit Deponieberg gepunktet. Die Konkurrenz war groß, doch hat erneut eine pfälzische Stadt das Rennen gemacht, in: Die Rheinpfalz (Mittelhaardter Rundschau) vom 30. März 2022, S. 12; *Herbert, Anke*: Ein Prosit auf die Landesgartenschau. Es ist vollbracht: Neustadt hat den Zuschlag für die Landesgartenschau 2027 erhalten, in: Die Rheinpfalz (Mittelhaardter Rundschau) vom 30. März 2022, S. 13.

⁷² *Amelung, Pia / Schneckenburger, Daniela*: Ansätze einer strukturellen Verankerung von Bildung für nachhaltige Entwicklung, a.a.O. (Anm. 18), S. 6.

⁷³ *Al-Ghusain, Muchtar / Boldt-Stülzebach, Annette / Hoffmann, Philipp / Klepsch, Annetrin u. a.*: Erinnern ist Zukunft. Demokratie stärken mit Erinnerungskultur Positionspapier des Deutschen Städtetages, hrsg. v. Deutschen Städtetag, Berlin, Köln 2023, S. 10.

⁷⁴ *Cornelißen, Christoph*: Erinnerungskultur, in: Oberreuter, Heinrich / Haring, Sophie / Schreyer, Bernhard / Scharnberg, Christian u. a. (Hrsg.), Staatslexikon. Recht, Wirtschaft, Gesellschaft. Bd. II, 8., völlig neu bearb. Aufl., Freiburg, Basel, Wien 2018, Sp. 200–202, Sp. 200.

bewusstsein der Einwohnerinnen und Einwohner durch Veranstaltungen, Einrichtungen sowie schulische und außerschulische Bildungsangebote zu unterstützen und dadurch einen Beitrag zur Stärkung der Demokratie und zivilgesellschaftlichen Engagements zu leisten. Ebenso kann die Erinnerungskultur einer Stadt dazu beitragen, die Diversität der Stadtgesellschaft und die gesellschaftliche Teilhabe fördern. Dies dient der Selbstvergewisserung in der Stadtgesellschaft.⁷⁵

In Neustadt an der Weinstraße haben sich verschiedene Formen des Erinnerns an **Gedenktagen** etabliert, die bestimmte Ereignisse im öffentlichen Bewusstsein verankern wollen:

- Am 27. Januar findet jährlich der **»Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus«** in Neustadt an der Weinstraße in Kooperation mit dem Förderverein Gedenkstätte für NS-Opfer e. V. und der Protestantische Stiftskirchengemeinde Neustadt an der Weinstraße sowie Neustadter Schulen statt. Der Tag wurde im Jahre 1996 durch den Bundespräsidenten zum Gedenktag erklärt und *»soll Trauer über Leid und Verlust ausdrücken, dem Gedenken an die Opfer gewidmet sein und jeder Gefahr der Wiederholung entgegenwirken.«*⁷⁶ In Neustadt an der Weinstraße gestalten Schülerinnen und Schüler daher in der Stiftskirche alljährlich ein Programm mit musikalischer Begleitung, das an begangenes Leid und Unrecht erinnert. Zuvor wurden im Unterricht die Inhalte erarbeitet. Dies dient der *»Förderung des historischen und erinnerungsorientierten Lernens, in Auseinandersetzung mit menschenfeindlichen und antidemokratischen Vergangenheiten, insbesondere der Zeit des Nationalsozialismus.«*⁷⁷ Auch wenn die Erwartungen an das historische Lernen nicht zu hoch sein sollten, so vermag dies doch einen wichtigen *»Beitrag zu Reflexivität, Ambiguitätstoleranz und Kontingenzbewältigung der Lernenden«* zu leisten.⁷⁸
- Das **»Hambacher Fest«**, das vom 27. Mai bis zum 1. Juni 1832 auf dem Hambacher Schloss stattfand und bei dem über 30.000 Menschen für Freiheit und Volkssouveränität demonstrieren, gilt heute zurecht als die *»Wiege der deutschen Demokratie«*.⁷⁹ Das Fest war die *»erste große Volksversammlung in der deutschen Geschichte, bestimmt selber Geschichte zu machen.«*⁸⁰ Die Erinnerung an den Festcharakter soll neben der politischen Bedeutung heute durch **»Das Fest der Demokratie«** und die Verleihung des **»Hambacher Freiheitspreises«** (siehe IV. 4. a) wachgehalten werden. Dabei geht es auch darum, Geschichte anschaulich und erlebbar zu gestalten und unterschiedliche Zugänge zur historischen Bedeutung zu ermöglichen.
- Als ein *»Schicksalstag«*⁸¹ gilt der **9. November**, an dem gleich mehrere Ereignisse stattfanden, die auch Neustadt an der Weinstraße prägten und an die zurecht erinnert wird: Am 9. November 1848 wird *Robert Blum*, Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung, erschossen. Der Tag gilt heute als Anfang vom Ende der *»Märzrevolution«*. Am 9. November 1918 ruft *Philipp Scheidemann* die erste Deutsche Republik aus; am 9. November 1923 scheitert der *»Hitlerputsch«*; der 9. November 1938 geht als *»Reichspogromnacht«* in die Geschichte ein und am 9. November 1989 fällt die

⁷⁵ Vgl. *Al-Ghusain, Muchtar / Boldt-Stülzebach, Annette / Hoffmann, Philipp / Klepsch, Annekatrin u. a.*: Erinnern ist Zukunft, a.a.O. (Anm. 73), S. 7.

⁷⁶ *Bundespräsident*: Proklamation des Bundespräsidenten. Vom 3. Januar 1996, in: Bundesgesetzblatt Teil I (1996), S. 17.

⁷⁷ *Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland*: Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 6. März 2009 i. d. F. vom 11. Oktober 2018, S. 8.

⁷⁸ *Köster, Manuel*: Mehr Demokratie durch mehr historisches Lernen? Öffentliche Erwartungen, empirische Befunde und ungenutzte Potenziale, in: Zeitschrift für Geschichtsdidaktik 20 (2021), H. 1, S. 165–179, S. 178.

⁷⁹ Vgl. *Frisch, Lutz / Schiffmann, Dieter*: Das Hambacher Fest 1832. Wiege der deutschen Demokratie, Regensburg 2014.

⁸⁰ *Heuss, Theodor*: Freiheit und Vaterland, in: Anil, Sara / Berkessel, Hans, Sprenger, Kai-Michael / Traub, Sarah (Hrsg.), Hoher Besuch und starke Worte. Zwei Jahrhunderte politischer Reden auf dem Hambacher Schloss, Oppenheim am Rhein 2022, S. 140–142, S. 140.

⁸¹ *Niess, Wolfgang*: Der 9. November. Die Deutschen und ihr Schicksalstag, München 2021.

»Berliner Mauer« und damit das sichtbare Zeichen der deutschen Teilung. Damit wird bereits die Ambivalenz dieses Datums deutlich: Einerseits steht der Tag für einen »*unvergleichlichen Bruch der Zivilisation, für den Absturz Deutschlands in die Barbarei*«,⁸² andererseits für den »*glücklichsten Tag der Deutschen*«,⁸³ der die deutsche Einheit ermöglichte. Diese Widersprüchlichkeit – die auch in der Stadt Neustadt an der Weinstraße zwischen der »*Wiege der deutschen Demokratie*« und der »*Gauhauptstadt*« anzutreffen ist – prägt die deutsche Geschichte und diesen Tag. Daher ist es wichtig, an ihn zu erinnern. In Neustadt an der Weinstraße wird in Kooperation mit dem Förderverein Gedenkstätte für NS-Opfer e. V. insbesondere der jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger gedacht, die Opfer der »**Reichspogromnacht**« wurden. Neben zahlreichen Geschäften und Wohnungen wurde auch die Synagoge geplündert und niedergebrannt. Außerdem wurden Bewohnerinnen und Bewohner des jüdischen Altenheims misshandelt und das Gebäude selbst in Flammen gesetzt, wodurch zwei Bewohnerinnen ums Leben kamen. An diesem Tag wird nicht nur aller Opfer des »*Zivilisationsbruches*« gedacht, sondern er ist gleichzeitig eine Mahnung, die der Bundespräsident in der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages am 9. November 2018 so ausdrückte: »*Wir müssen handeln, wo auch immer die Würde eines Anderen verletzt wird!*«⁸⁴

Auch die **Gedenkstätten und Gedenkort**e in Neustadt an der Weinstraße spielen eine wichtige Rolle. Sie sind einerseits »*unwiederbringliche Orte historischen Geschehens*« und andererseits »*Lern- und Reflexionsräume zu Geschichte und Gegenwart*«. ⁸⁵ Dazu zählen insbesondere das **Hambacher Schloss**,⁸⁶ die **Gedenkstätte für Opfer des Nationalsozialismus in Neustadt an der Weinstraße** im damaligen Konzentrationslager am Stadtrand,⁸⁷ das **Stadtmuseum in der »Villa Böhm«**, für das derzeit ein neues Konzept erarbeitet wird und das früher die Dienstvilla des Gauleiters war,⁸⁸ sowie der künftige »**Lernort ehemaliger Gestapo-Keller**«,⁸⁹ der im kommenden Jahr entstehen soll und für den im vergangenen Jahr eine Absichtserklärung durch das Land Rheinland-Pfalz und die Stadt Neustadt an der Weinstraße unterzeichnet wurde.⁹⁰ Auch wenn die Einrichtungen in unterschiedlicher Trägerschaft betrieben wer-

⁸² *Steinmeier, Frank-Walter*: Ansprache von Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier in der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages zum 9. November am 9. November 2018 in Berlin. Bulletin der Bundesregierung 122-2, <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975954/1548912/9f95d898a0bd453db7b203d735fff32d/122-2-bpr-progromnacht-data.pdf?download=1> (Abruf am 9. August 2023), S. 7.

⁸³ *Schäuble, Wolfgang*: Ansprache des Präsidenten des Deutschen Bundestages, Dr. Wolfgang Schäuble, in der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages zum 9. November am 9. November 2018 in Berlin. Bulletin der Bundesregierung 122-1, <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975954/1548906/2e5cb222ef6e1c3cfbc068c237bfa37a/122-1-btpraes-progromnacht-data.pdf?download=1> (Abruf am 8. August 2023), S. 2.

⁸⁴ *Steinmeier, Frank-Walter*: Ansprache von Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier in der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages zum 9. November am 9. November 2018 in Berlin, a.a.O. (Anm. 82), S. 8.

⁸⁵ *Al-Ghusain, Muchtar / Boldt-Stülzebach, Annette / Hoffmann, Philipp / Klepsch, Annekatrin u. a.*: *Erinnern ist Zukunft*, a.a.O. (Anm. 73), S. 17.

⁸⁶ Vgl. *Schiffmann, Dieter*: Das Hambacher Fest – Ein deutscher Erinnerungsort. Die Nachgeschichte des Hambacher Festes im Spannungsfeld von kollektivem Gedächtnis und Geschichtspolitik, in: Kermann, Joachim / Nestler, Gerhard / Schiffmann, Dieter (Hrsg.), *Freiheit, Einheit und Europa. Das Hambacher Fest von 1832 – Ursachen, Ziele, Wirkungen*, Ludwigshafen am Rhein 2006, 333–386.

⁸⁷ Vgl. *Breß, Miriam*: Das (frühe) Konzentrationslager Neustadt. »Erziehung zur Volksgemeinschaft«, in: Raasch, Markus (Hrsg.), *Volksgemeinschaft in der Gauhauptstadt. Neustadt an der Weinstraße im Nationalsozialismus*, Münster 2020, S. 143–164.

⁸⁸ Vgl. *Spieß, Pirmin*: Kleine Geschichte der Stadt Neustadt an der Weinstraße, 2., korr. und erg. Aufl., Ubstadt-Weiher u.a. 2022, S. 150; *Pöschel, Holger*: Ein ziemlich zähes Provisorium. Neustadt in der NS-Zeit (1), in: *Die Rheinpfalz (Mittelhaardter Rundschau)* vom 8. Dezember 2020, S. 15.

⁸⁹ Vgl. *Rummel, Walter*: Das Zentrum des Schreckens. Zur Tätigkeit der Geheimen Staatspolizeistelle Neustadt in der Pfalz 1937–1945, in: Nordblom, Pia / Rummel, Walter / Schuttpelz, Barbara (Hrsg.), *Josef Bürckel. Nationalsozialistische Herrschaft und Gefolgschaft in der Pfalz*, 2., verb. u. erg. Aufl., Kaiserslautern 2020, S. 85–112, insb. S. 90 f. u. 112.

⁹⁰ Vgl. *Herbert, Anke*: Historischer Lernort Gestapo-Keller, in: *Die Rheinpfalz (Mittelhaardter Rundschau)* vom 27. Juli 2022, S. 13; *Herbert, Anke*: Den Opfern ein Gesicht geben, in: *Die Rheinpfalz (Mittelhaardter Rundschau)* vom 19. August 2022, S. 16;

den bzw. werden sollen, sollen die historischen Lernorte abgestimmte Ziele verfolgen und ein aufeinander aufbauendes inhaltliches Programm anbieten sowie gemeinsam nach Außen – etwa auf der Internetseite der Stadt Neustadt an der Weinstraße und in einer Broschüre der außerschulischen Lernorte in Neustadt an der Weinstraße – auftreten. Hier können vor allem die konkreten Angebote der Einrichtungen für Fachkräfte der politischen Bildung (siehe IV. 3. b), für Schulklassen (siehe IV. 3 c) sowie schulische Projekttag oder die schuleigenen »Demokratietage« (siehe IV. 3. d) dargestellt werden. Das Spannungsverhältnis zwischen Orten der Demokratie- und der Diktaturgeschichte gilt es dabei, für die die Demokratiebildung besonders nutzbar zu machen.

Maßnahme 11: Die **Erinnerungsarbeit**, die durch Gedenkstätten und Gedenkort geleistet wird, und die **Erinnerungskultur**, die zum Beispiel durch die Gedenktage zum Ausdruck kommt, werden in der Stadt Neustadt an der Weinstraße aktiv gefördert. Dabei soll an die Diktatur- und Demokratiegeschichte erinnert werden, um einen Beitrag zum historischen Lernen zu leisten sowie einen Raum für Auseinandersetzung und Reflexion zu schaffen.

Maßnahme 12: Die Stadt Neustadt an der Weinstraße unterstützt die Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz bei der Realisierung des »**Lernortes ehemaliger Gestapo-Keller**«.

Maßnahme 13: Das Stadtmuseum in der »Villa Böhm« wird mit Unterstützung des Stadtarchivs im Rahmen dessen Neukonzeption zu einem »**Gedächtnis- und Lernort für Demokratie und Stadtgeschichte**« weiterentwickelt.

b) Qualifizierung für Fachkräfte der politischen Bildung

Der 16. Kinder- und Jugendbericht formulierte eindringlich »*Gute politische Bildung benötigt einschlägig qualifizierte Fachkräfte.*«⁹¹ In der »**Demokratiestadt**« Neustadt an der Weinstraße befindet sich beispielsweise im vorgesehenen »Haus der Demokratie« die Möglichkeit der **Qualifizierung von Fachkräften der politischen Bildung**. So kann hier nach oder neben einer akademischen Ausbildung eine praxisorientierte Qualifizierung an historischen Lernorten erfolgen – Neustadt an der Weinstraße bietet sich hier auf Grund des Spannungsverhältnisses zwischen der »*Wiege der deutschen Demokratie*«⁹² und der Gauhauptstadt an. Zielgruppen können dabei alle Interessierten der schulischen Bildung und der außerschulischen Jugend- sowie Erwachsenenbildung sein. Hier bietet sich eine Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Neustadt an der Weinstraße und der Rheinland-Pfälzischen Technischen Universität Kaiserslautern-Landau an.

Die Qualifizierung könnte einen Theorieteil sowie einen Praxisteil umfassen. Im Theorieteil könnte dabei zunächst die Zeit des Vormärzes bis heute vertieft werden. Die regionalen Bezüge helfen zur Veranschaulichung und können auch in der Stadt mit einer Führung zu den heute noch sichtbaren Orten vertieft werden. Der »Junior Memory Guide« (siehe IV. 3. c) kann hier sinnvoll eingebunden werden.

Philipp, Leandra: Gestapo-Keller als Lernort: Projekt macht Fortschritte, in: Die Rheinpfalz (Mittelhaardter Rundschau) vom 16. August 2023, S. 13.

⁹¹ *Bundesregierung (Hrsg.):* Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe – 16. Kinder- und Jugendbericht – Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter und Stellungnahme der Bundesregierung, a.a.O. (Anm. 13), S. 570.

In einem praktischen Teil werden die historischen Lernorte Neustadts im Rahmen einer Exkursion eingebunden. Vor Ort können die jeweiligen Ausstellungen und angebotenen Workshops dazu dienen, einerseits die historischen Bezüge anschaulich zu machen, andererseits verschiedene Methoden im didaktischen Kontext aufzuzeigen. Die Qualifizierung ermöglicht es so, neue Reflexionsräume für die Beteiligten zu schaffen, das eigene Rollenverständnis zu überdenken und einen Transfer der historischen Ereignisse in aktuelle politische Fragestellungen zu leisten. »Historische Werturteile etwa können Ambiguitätstoleranz fördern, indem sie von den Lernenden explizit verlangen, gegenwärtige und vergangene Wertmaßstäbe aufeinander zu beziehen und gegeneinander abzuwägen.«⁹³ Der Umgang mit neuen Herausforderungen kann so praktisch erlebt und erlernt werden. Dies gilt insbesondere für den Umgang mit demokratiefeindlichen Tendenzen – hier liegen historische Bezüge auf der Hand, wenn etwa in der NS-Gedenkstätte die Frage diskutiert wird, warum Verbrechen stattfanden, wer Opfer, wer Täterin oder Täter oder gar Zuschauerin oder Zuschauer war.⁹⁴ Neben der Vermittlung von ganz praktischen Werkzeugen der politischen Bildung dient die Ausbildung nicht zuletzt der Förderung der Persönlichkeitsbildung.

Den Abschluss kann dann etwa ein selbst gestalteter Probeworkshop bilden, der gemeinsam mit anderen Interessierten geplant und durchgeführt werden kann. Ein offizielles Zertifikat der »**Demokratiestadt**« Neustadt an der Weinstraße dient als Bestätigung der Qualifizierung.

Maßnahme 14: Die Stadt Neustadt an der Weinstraße schafft gemeinsam mit Partnerinnen und Partnern die Möglichkeit der **Qualifizierung von Fachkräften der politischen Bildung**.

c) *Demokratiebildungsangebote in Schulen*

Die Kultusministerkonferenz betont seit vielen Jahren den Zusammenhang zwischen historischem Lernen, Demokratiebildung und der Vermittlung von demokratischer Handlungskompetenz: »Erinnerungskultur in der Schule soll junge Menschen befähigen, historische Entwicklungen zu beschreiben und zu bewerten sowie unsere Welt als durch eigenes Tun gestaltbar und veränderbar zu begreifen.«⁹⁵ Das bedeutet, dass Wissensvermittlung und Persönlichkeitsentwicklung keine Gegensätze sind, denn **demokratische Handlungskompetenz** setzt Fachwissen voraus – und umgekehrt.⁹⁶ Die Stadt Neustadt an der Weinstraße will diesen schulischen Bildungsauftrag mit verschiedenen Projekten, Formaten und Veranstaltungen gezielt unterstützen: Neben der gemeinsamen Veranstaltung zum »Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus« (siehe IV. 3. a) ist das Projekt »**Junior Memory Guide**« ein herausragendes Beispiel, das bereits seit fünf Jahren regelmäßig auch außerhalb von Neustadt an der Weinstraße durchgeführt wird.

⁹³ Köster, Manuel: Mehr Demokratie durch mehr historisches Lernen?, a.a.O. (Anm. 78), S. 176.

⁹⁴ Vgl. Kaiser, Wolf: Gedenkstättenpädagogik heute. Qualifizierung von Fachkräften in der historisch-politischen Bildung an Gedenkstätten und anderen Orten der Geschichte des Nationalsozialismus, in: Thimm, Barbara / Kößler, Gottfried / Ulrich, Susanne (Hrsg.), Verunsichernde Orte. Selbstverständnis und Weiterbildung in der Gedenkstättenpädagogik, Frankfurt am Main 2010, S. 19–24, S. 21.

⁹⁵ Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Erinnern für die Zukunft. Empfehlungen zur Erinnerungskultur als Gegenstand historisch-politischer Bildung in der Schule. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 11. Dezember 2014, S. 2.

⁹⁶ Vgl. Hamm, Ingrid / Engelke, Anna / Finke, Maja / Kinnert, Diana u. a.: Mehr und besser. Vorschläge für eine Demokratiebildung von morgen. Bericht der Hertie-Kommission Demokratie und Bildung, hrsg. v. der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, Frankfurt am Main 2023, S. 16 f.

Junge Menschen erhalten hier das Rüstzeug, um anderen jungen Menschen die Demokratie- und Diktaturgeschichte der Stadt Neustadt an der Weinstraße durch eine interaktive und methodisch abwechslungsreiche Stadtführung näherzubringen. In Kooperation mit dem Förderverein Gedenkstätte für NS-Opfer Neustadt werden in einem zweitägigen Workshop Schülerinnen und Schüler zu »Junior Memory Guides« innerhalb der Schule ausgebildet. Hierdurch wird Geschichte mit einem konkreten lokalen Bezug erlebbar. Gleichzeitig wird ein Beitrag zur kommunalen Erinnerungskultur geleistet, in dem »*Begegnungen mit Vergangenheit*« ermöglicht und – wie vom Deutschen Städtetag empfohlen – »*Vermittlungsstrategien für die diversen Erinnerungserzählungen*«⁹⁷ erarbeitet werden. Die ausgebildeten »Guides« erhalten nach erfolgreicher Schulung ein Zertifikat der Stadt Neustadt an der Weinstraße und können fortan Jugend- und Schülergruppen durch die Stadt führen und durch Vermittlung der Tourist-Information auch durch externe Gruppen gebucht werden. Diese Form der Peer-Education stärkt die Beteiligten in ihrer persönlichen und politischen Kompetenz, denn durch Beschäftigung mit der Demokratie- und Diktaturgeschichte der Stadt Neustadt an der Weinstraße eröffnet sich für junge Menschen »*die Möglichkeit, der Frage nach individuellen und kollektiven Handlungsspielräumen nachzugehen und vermittelt gleichermaßen Empathie und Respekt gegenüber den Opfern sowie Wertschätzung gegenüber Menschen mit Zivilcourage und Widerstandsgeist.*«⁹⁸ Insbesondere die durch die Lehrpläne in Rheinland-Pfalz vorgesehenen schuleigenen »*Demokratietage*«⁹⁹ bieten sich sowohl für Führungen durch »Junior Memory Guides« als auch die dafür notwendigen Schulungen an. Damit wird dem Anspruch der politischen Bildung, »*vornehmste und wichtigste Aufgabe der Schule*«¹⁰⁰ zu sein, Rechnung getragen.

Daneben dient der »Arbeitskreis Demokratiebildung« (siehe IV. 4. b) dem gegenseitigen Austausch über schulische und außerschulische Angebote der Demokratiebildung und der Unterstützung einzelner Bildungsprojekte sowie der Abfrage des konkreten Bedarfs der Schulen nach kommunaler Unterstützung für Maßnahmen der Demokratiebildung.

Um die vielfältigen außerschulischen **Demokratiebildungsangebote**, etwa durch die Gedenkstätten und Erinnerungsorte sowie Veranstaltungen, für die Schulen, Lehrkräfte, für Schülerinnen und Schüler aber auch für alle anderen Interessierten transparent zu machen, sollen auf der städtischen Internetseite alle Angebote in Form eines »Bildungsportals« strukturiert und übersichtlich gebündelt werden. Dies kann auch der Vernetzung der Demokratiebildungsanbieter und der Information über Veranstaltungen und Beteiligungsmöglichkeiten dienen (siehe IV. 2. a).

Maßnahme 15: Der »**Junior Memory Guide**« als wirksame Form der Peer-Education wird weitergeführt.

Maßnahme 16: Für **Demokratiebildungsangebote** wird eine Bedarfsabfrage an den Neustadter Schulen durchgeführt, um Projekte der politischen Bildung vor Ort zielgerichtet zu fördern.

⁹⁷ Al-Ghusain, Muchtar / Boldt-Stülzbech, Annette / Hoffmann, Philipp / Klepsch, Annetrin u. a.: *Erinnern ist Zukunft*, a.a.O. (Anm. 73), S. 20.

⁹⁸ *Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland*: *Erinnern für die Zukunft*, a.a.O. (Anm. 95), S. 3 f.

⁹⁹ Vgl. *Ministerium für Bildung (Hrsg.): Lehrplan für die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer. Erdkunde, Geschichte, Sozialkunde*, Mainz 2021, S. 19; *Ministerium für Bildung (Hrsg.): Lehrplan Gesellschaftslehre. Sekundarstufe I, Klassen 5–10*, Mainz 2022, S. 13.

¹⁰⁰ *Besand, Anja*: *Was ist gute politische Bildung in der Schule?*, in: *Bildung und Erziehung* 72 (2019), H. 3, S. 262–276, S. 263.

d) »Rundum-Demokratie-Paket«

Die in Rheinland-Pfalz für die weiterführenden Schulen verbindlichen »Demokratietage« können von Schulen aus dem Land auch für längere Aufenthalte in Neustadt an der Weinstraße genutzt werden. Da der Demokratietag der politischen Bildung über die Fächergrenzen hinaus¹⁰¹ sowie der »*Entwicklung und Weiterbildung von Demokratiebewusstsein und -kompetenz*«¹⁰² dient, bietet sich hierfür das **»Rundum-Demokratie-Paket«** an. Ziel des »Paketes« ist es, den Schulen – aber auch Vereinen, Jugendverbänden und interessierten Gruppen – den Organisationsaufwand für Exkursionen zu Orten der Demokratie- und Diktaturgeschichte zu vereinfachen, die außerschulischen Lernorte zu vernetzen und ein inhaltlich abgestimmtes, auf die pädagogischen und didaktischen Ansprüche der Schulen abgestimmtes Angebot zu unterbreiten. Für die Schulen soll es möglich sein, statt aufwendiger Einzelbuchungen für Unterkunft und den Besuch der historischen Lernorte (siehe IV. 3. a), von Ausstellungen und Workshops ein Gesamtangebot, das je nach Bedürfnissen individuell zusammengesetzt werden kann, über die Tourist-Information Neustadt an der Weinstraße zu buchen.

Das **»Rundum-Demokratie-Paket«** lässt sich gut an einem Beispiel aufzeigen:

Eine Schulklasse kommt für zwei Tage nach Neustadt an der Weinstraße und möchte eine Nacht in der Jugendherberge verbringen. Am ersten Tag erfolgt der Besuch auf dem Hambacher Schloss, bei dem die Anfänge der deutschen Demokratiegeschichte beleuchtet werden. Neben dem Ausstellungsbesuch wird ein Workshop zum Thema gebucht. Anschließend wird die Gedenkstätte für NS-Opfer besucht. Hier kann ebenfalls die Ausstellung besucht und ein Workshop gebucht werden. Die Beförderung kann mit öffentlichen Verkehrsmitteln erfolgen. Am Abend findet ein Besuch in der Innenstadt statt. Die Jugendherberge kann anschließend von der Stadt aus zu Fuß erreicht werden. Am zweiten Tag steht eine Führung durch einen »Junior Memory Guide« (siehe IV. 3. c) auf dem Programm. Im Jahr 2027 könnte dann als ein Modul auch ein Besuch des »Demokratiepavillons« auf der Landesgartenschau (siehe IV. 2. c) gebucht werden, bei dem Themen aus dem Bereich »Bildung für nachhaltige Entwicklung« die Demokratiebildung ergänzen.

Maßnahme 17: Gemeinsam mit den Partnerinnen und Partnern des »Demokratienetzwerkes« und der Tourist-Info wird ein **»Rundum-Demokratie-Paket«** als ein Angebot der außerschulischen historischen und politischen Bildung entwickelt.

e) »Escape Room« als Möglichkeit der interaktiven Demokratieförderung

Spiele sind vielfältig für die Bildung einsetzbar – sie können einerseits als Erfahrung der Welt, andererseits zur Auseinandersetzung mit fiktiven Situationen dienen. Dabei lassen sich verschiedene Perspektiven oder Erfahrungen, nämlich eine personale, eine soziale und räumlich-ökologische, unterscheiden.¹⁰³ Durch Spiele ist es möglich, persönliche Kompetenzen – etwa Ausdauer, Frustrationstoleranz, Organisation und Zeitmanagement – und soziale Kompetenzen – wie beispielsweise Team-, Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit – zu schulen.¹⁰⁴ Sogenannte »Escape Games«, etwa in Form eines **»Escape Rooms«** als **Möglichkeit der interaktiven Demokratieförderung**, eignen sich da-

¹⁰¹ Vgl. *Ministerium für Bildung (Hrsg.): Lehrplan für die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer*, a.a.O. (Anm. 99), S. 19.

¹⁰² *Ministerium für Bildung (Hrsg.): Lehrplan Gesellschaftslehre*, a.a.O. (Anm. 99), S. 13.

¹⁰³ Vgl. *Heimlich, Ulrich: Einführung in die Spielpädagogik*, 4., aktual. Aufl., Bad Heilbrunn 2023, S. 20–34 u. 65–90.

¹⁰⁴ Vgl. *Scheller, Anne: Escape-Rooms und Breakouts in der Schule einsetzen. Themenwahl, Erstellung und Ablauf mit praktischen Beispielen in der Sekundarstufe I*, Hamburg 2020, S. 7.

her, um die Zusammenarbeit im Team und daran anknüpfend die Prozesse demokratischer Entscheidungsfindung in einer Gruppe zu thematisieren; sie eignen sich aber auch für konkrete Inhalte der politische Bildung.¹⁰⁵

Ausgehend von der Frage, wie es den Teilnehmenden im Spiel ging, ließe sich zum Beispiel nach Koordinations- und Entscheidungssituationen fragen. In der Regel werden im Spiel unterschiedliche Bedürfnisse an die Zusammenarbeit, verschiedene Lösungsstrategien, Stärken und Rollen in einer Gruppe sichtbar: So gibt es oftmals Tüftlerinnen und Tüftler, die sich in ein Rätsel vertiefen, und daran konzentriert arbeiten; Sammlerinnen und Sammler, die erst einmal alles zusammentragen, was sie finden, und versuchen, zu kombinieren; Koordinatorinnen und Koordinatoren, die einen Vorschlag machen, wie die Kooperation gestaltet werden sollte – und Teilnehmende, die möglichst schnell und einfach gewinnen wollen. Treten während des Spielens Störungen oder Konflikte auf, sind dies Ansatzpunkte, um die Zusammenarbeit im Team zu reflektieren. Wer hat in einem bestimmten Moment eine Entscheidung getroffen? Warum wurden manche Ideen umgesetzt, andere Vorschläge aber nicht gehört oder verwirklicht? Wurde demokratisch entschieden? In einem weiteren Schritt können diese Themen gezielt vertieft und mit Methoden aus dem Bereich des Demokratielernens verbunden werden. Zum Abschluss erfolgt ein Reflexionsgespräch, in dem die Bezüge zur Demokratie und zu aktuellen Fragestellungen herausgestellt werden, um einen Transfer zwischen der Struktur des Spielens und den Regeln demokratischen Handelns aufzuzeigen. Demokratiebildung kann sogar viel Spaß machen.

Maßnahme 18: In Neustadt an der Weinstraße wird ein »**Escape Room**« als Möglichkeit der interaktiven Demokratieförderung entwickelt.

4. Gestaltung und Pflege der Netzwerke

a) »1832. Das Fest der Demokratie« und »Hambacher Freiheitspreis«

Die Stadt Neustadt an der Weinstraße und die Stiftung Hambacher Schloss richten seit dem Jahr 2022 gemeinsam mit anderen Partnerinnen und Partnern im zweijährigen Rhythmus die wiederkehrende Veranstaltung »**1832. Das Fest der Demokratie**« aus. Der Zeitpunkt – jeweils um den 27. Mai – erinnert an den Jahrestag des »Hambacher Festes« im Jahre 1832; dessen 200-jähriges Jubiläum im Jahr 2032 bereits in die langfristigen Planungen einbezogen wird. Mit niederschweligen und partizipativen Angeboten ebenso wie durch die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Initiativen leistet das »Fest der Demokratie« einen wichtigen Beitrag zur Profilierung von Neustadt an der Weinstraße als »**Demokratiestadt**« und zur Gedenk- und Erinnerungskultur der Stadt (siehe IV. 3. a). Das Fest steht jeweils unter einem Motto, das in der Programmgestaltung aufgegriffen und auch bei der Auswahl der jeweiligen Preisträgerinnen oder Preisträger des »Hambacher Freiheitspreises 1832« berücksichtigt wird. Das Fest soll dabei sowohl ein Stadtfest als auch ein politisches Fest sein, das maßgeblich durch Vereine und Initiativen, durch zivilgesellschaftliches Engagement und Netzwerkpartnerinnen und Netzwerkpartner mitgestaltet wird.

Die Verleihung des »**Hambacher Freiheitspreises 1832**« im Festsaal des Hambacher Schlosses stellt den festlichen Höhepunkt des Festes »1832. Festes der Demokratie« dar. Der Preis soll Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens ehren, deren überregional wirksames, vorbildhaftes Engagement zur

¹⁰⁵ Vgl. Stich, Ansgar: Escape Rooms für den Politikunterricht 5-10. Einfach und sofort umsetzbar, zu zentralen Lehrplanthemen, teambildend und motivierend, Augsburg 2021.

Stärkung unserer Demokratie und ihrer freiheitlichen Werte beiträgt. Die erstmalige Verleihung fand am 29. Mai 2022 im Rahmen eines Festaktes im Festsaal des Hambacher Schlosses statt. Als erster Preisträger wurde der ehemalige Bundespräsident *Joachim Gauck* für sein anhaltendes persönliches wie auch politisches Engagement und seinen Beitrag zur Stärkung freiheitlicher und demokratischer Werte ausgezeichnet.¹⁰⁶ Die Preisverleihung stieß dabei auch überregional auf große Resonanz.¹⁰⁷

Bei der Namensgebung wurde bewusst ein einprägsamer, markanter Titel mit einer überregionalen Strahlkraft gewählt. Die historische Bedeutung des »Hambacher Festes« im Jahre 1832 wie auch die Bekanntheit des Hambacher Schlosses sollen dem Preis durch ihr Anklingen im Titel von Beginn an eine angemessene Bedeutung verleihen. Die Benennung als »Freiheitspreis« greift die freiheitlichen Hambacher Traditionen – insbesondere Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit – auf und lässt der Jury künftig ausreichend Spielraum bei der Auswahl von zu ehrenden Persönlichkeiten.

Neben dem »Hambacher Freiheitspreis 1832« wird als Anerkennungspreis der **»Johann-Philipp-Abresch-Preis«** zur Würdigung des lokalen Engagements verliehen. Einzelpersonen, Projekte, Initiativen bzw. Organisationen aus Neustadt an der Weinstraße, die sich für gesellschaftlichen Zusammenhalt, kulturelle und politische Teilhabe oder Projekte der Demokratiebildung einsetzen, sollen ausgezeichnet werden. In der Namensgebung drückt sich zum einen der lokale Bezug des Preises aus, zum anderen weckt sie die Assoziation, in der Nachfolge Johann Philipp Abreschs lokale »Bannerträger der Demokratie« auszuzeichnen.

Der »Johann-Philipp-Abresch-Preis« wurde im Jahr 2022 der Schubert-Schule Neustadt an der Weinstraße – Schule mit dem Förderschwerpunkt Lernen für ihr nachhaltiges Engagement im Sinne der Demokratiebildung verliehen.

Maßnahme 19: Gemäß dem Stadtratsbeschluss wird alle zwei Jahre **»1832. Das Fest der Demokratie«** gefeiert und in diesem Rahmen der **»Hambacher Freiheitspreis 1832«** und der **»Johann-Philipp-Abresch-Preis«** verliehen.

b) Netzwerke und Kooperationen

Die Stadt Neustadt an der Weinstraße engagiert sich in verschiedenen Netzwerken und kooperiert mit einer Vielzahl von Organisationen und Institutionen. Hierzu gehört das **»Bündnis »Demokratie gewinnt!« Demokratie lernen, leben und gestalten in Rheinland-Pfalz«**, dem etwa 80 Mitglieder aus Rheinland-Pfalz angehören, dessen Ziel es ist, junge Menschen für Demokratie, Engagement und gesellschaftliche Beteiligung zu begeistern. Dazu sollen beispielsweise die Lern- und Lebensorte junger Menschen demokratisch und partizipativ gestaltet werden, um von klein auf demokratische Werte zu vermitteln und demokratische Verhaltensweisen einzuüben. Das Bündnis versteht sich als ein stabiles Netzwerk. Zu den Mitgliedern zählen neben der Stadt Neustadt an der Weinstraße etwa der Landtag Rheinland-Pfalz, die Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik, der Landesjugendring Rheinland-Pfalz und die Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen zur NS-

¹⁰⁶ Die Laudatio ist publiziert; siehe *Wüst, Dorothee*: Intervention gegen das Vergessen und für Gerechtigkeit, in: Anil, Sara / Berkessel, Hans, Sprenger, Kai-Michael / Traub, Sarah (Hrsg.), *Hoher Besuch und starke Worte. Zwei Jahrhunderte politischer Reden auf dem Hambacher Schloss, Oppenheim am Rhein 2022*, S. 268–271. Die Dankesrede des ersten Preisträgers findet sich dort ebenso.

¹⁰⁷ Vgl. bspw. *Hambacher Freiheitspreis für Joachim Gauck*, in: *Leipziger Volkszeitung* vom 30. Mai 2022, S. 23.

Zeit in Rheinland-Pfalz. Die Bündnispartner richten auch gemeinsam den jährlichen »Demokratietag« des Landes Rheinland-Pfalz aus.¹⁰⁸

Die Stadt Neustadt an der Weinstraße ist Mitglied im Netzwerkprogramm »**Engagierte Stadt**«. Das Netzwerk vereinigt Städte aus ganz Deutschland, deren Anliegen es ist, Akteure aus Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung und Wirtschaft zusammenzubringen, um zivilgesellschaftliches Engagement nachhaltig zu fördern. Dies soll etwa durch die Entwicklung einer »*nachhaltigen Engagement-Infrastruktur*«¹⁰⁹ erfolgen. Die beteiligten Kommunen sind davon überzeugt, dass »*Engagement und die Beteiligung der Zivilgesellschaft die Lebensqualität und das Zusammenleben vor Ort verbessern sowie die Attraktivität und damit die Zukunft eines Ortes sichern und deshalb zu fördern sind.*«¹¹⁰ Daher ist es Aufgabe der Netzwerk Beteiligten, gute Rahmenbedingungen für Engagement vor Ort zu schaffen; dazu zählen auch eine langfristig und nachhaltige Möglichkeit der Information, Vernetzung und Koordination des Engagement vor Ort, um Mitwirkungsmöglichkeiten transparent zu machen.

Seit dem Jahr 2024 ist die Stadt Neustadt an der Weinstraße auch Mitglied der **Arbeitsgemeinschaft »Orte der Demokratiegeschichte«**.¹¹¹ Diese hat sich im Juni 2017 in Berlin mit dem Ziel gegründet, »*die Wahrnehmung der deutschen Demokratie- und Freiheitsgeschichte lokal, regional und deutschlandweit zu fördern.*«¹¹² Hintergrund dessen ist, dass es eine vielfältige Demokratiegeschichte in Deutschland gibt, die zwar mit Höhen und Tiefen verbunden ist, aber gleichwohl eine lange freiheitliche, demokratische und parlamentarische Tradition erkennen lässt. »*Bei der Beschäftigung mit unserer Vergangenheit soll die Ablehnung von Diktatur und Autoritarismus einhergehen mit der Befürwortung von Demokratie und Freiheit.*«¹¹³ Daher ist es wichtig, an die Orte der Demokratiegeschichte, an demokratische Ereignisse und demokratische Traditionen zu erinnern. Die Mitgliedschaft verknüpft die Stadt Neustadt an der Weinstraße mit dem Wunsch nach gegenseitigem Austausch und Vernetzung. Insbesondere die Zusammenarbeit im Bereich der historisch-politische Bildungsarbeit zu Orten der Demokratiegeschichte ist besonders relevant.

Die Stadt Neustadt an der Weinstraße hat darüber hinaus im Frühjahr 2024 die Gründung des »**Neustadter Bündnisses für Demokratie**« initiiert.¹¹⁴ Das Ziel des Bündnisses ist es, einen breiten Schulterschluss zwischen Stadt, Zivilgesellschaft, Religionsgemeinschaften, Wirtschaft und Politik zu proben, um deutlich zu machen, dass Neustadt an der Weinstraße gemeinsam für die Demokratie eintritt, dass niemand, der die Demokratie verteidigt, alleine steht, und dass sich alle gemeinsam vergewissern, tatsächlich »Demokratiestadt« zu sein. Die Stadt Neustadt an der Weinstraße, ihre Bewohnerinnen und Bewohner, die ansässigen Unternehmen und Gewerbetreibenden sind auf eine stabile Demokratie, auf Freiheit, auf internationale Zusammenarbeit und die europäische Integration angewiesen. Daher liegt es nahe, dies öffentlich und gemeinsam zum Ausdruck zu bringen.

¹⁰⁸ Vgl. *Kreiner-Wolf, Andreas*: Der Demokratie-Tag Rheinland-Pfalz als Plattform für Demokratiebildung und Partizipation, in: mateneen – Praxishefte Demokratische Schulkultur (2021), H. 7, S. 15–17.

¹⁰⁹ *König, Armin*: Bürgerkommune, a.a.O. (Anm. 60), S. 28.

¹¹⁰ *Körber-Stiftung (Hrsg.)*: Handbuch der Engagierten Stadt. Schritt für Schritt zu mehr Engagement und Beteiligung vor Ort, Hamburg 2020, S. 23.

¹¹¹ Vgl. Demokratiegeschichte stärker wahrnehmen. Neustadt tritt Zusammenschluss von historisch-wichtigen Orten bei, in: Die Rheinpfalz (Mittelhaardter Rundschau) vom 29. März 2024, S. 14.

¹¹² *Riffel, Dennis / Wunnicke, Ruth*: Demokratiegeschichte: Webseiten, Ausstellungen, Netzwerke ..., in: Parak, Michael (Hrsg.), Demokratiegeschichte als Beitrag zur Demokratiestärkung, Berlin 2018, S. 49–62, S. 62.

¹¹³ *Engst, Ulli / Baasch, Annalena / Wagnitz, Michele / Riffel, Dennis (Hrsg.)*: Orte der Demokratiegeschichte. Bd. 1: Demokratie erkämpfen, verteidigen, verlieren, Berlin 2021, S. 4.

¹¹⁴ Vgl. *Fischer, Stefan*: Gemeinsam für die Demokratie, in: Die Rheinpfalz (Mittelhaardter Rundschau) vom 19. März 2024, S. 13.

Das Teilen demokratischer Werte der Bürgerinnen und Bürger ist eine Grundfeste eines demokratischen Verfassungsstaates. Da diese durch Rahmenbedingungen zur politischen und demokratischen Bildung gestärkt werden können, wurde bereits seit dem Jahr 2016 die Demokratiebildung in der Stadt Neustadt an der Weinstraße hoch priorisiert. Im Jahr 2018 wurde dieses Ziel im Rahmen einer partizipativ gestalteten Kooperationswerkstatt geschärft. Das sich aus diesen Bemühungen gebildete »**Demokratiennetzwerk**« vereint heute Partnerinnen und Partner der schulischen und außerschulischen Bildung sowie weitere Akteurinnen und Akteure.¹¹⁵ Gemeinsames Ziel es ist, sich über aktuelle Herausforderungen in Neustadt an der Weinstraße auszutauschen, zusammen Strategien und Projekte im Bereich demokratischer Bildung zu planen und Schwerpunkte künftiger Arbeit abzustimmen. Die Stadtverwaltung informiert die Netzwerkpartnerinnen und -partner in einem regelmäßigen Newsletter über Bildungs- und Beteiligungsangebote, Projekte, etwaige Kooperationen sowie Fördermöglichkeiten. Neben jährlichen Netzwerktreffen vertieft eine »**Kerngruppe**« die Arbeit, die allen Engagierten offensteht und sich als Impulsgeber für die Demokratiethemata in Neustadt an der Weinstraße versteht.¹¹⁶

Ein weiteres Netzwerk ist der kommunale »**Arbeitskreis Demokratiebildung**«, der seit dem Jahr 2018 regelmäßig stattfindet. Einmal im Quartal finden sich Mitglieder aus den Neustadter Schulen, dem Stadtjugendring, dem Stadtrat, dem Bereich der Jugendarbeit und der Stadtverwaltung zusammen, um sich über Bedarfe zum Thema politische Bildung in der schulischen- und außerschulischen Bildung auszutauschen und gemeinsame Veranstaltungen zu planen. Außerdem sollen themenspezifische Inhouseschulungen die Fachkräfte befähigen, besser mit alltäglichen Herausforderungen im Arbeitskontext umzugehen. Ziel ist es dabei, die politische Bildung in den Strukturen der schulischen- und außerschulischen Bildung fest zu etablieren, Angebote transparent zu machen, Kooperationsmöglichkeiten aufzuzeigen und Synergien zu nutzen. Ebenso sollen durch konkret entwickelte Angebote junge Menschen für das Thema Demokratieförderung begeistert werden. Dazu zählt beispielsweise auch, junge Menschen, die wahlberechtigt sind, für die Beteiligung an Wahlen und Nutzung ihrer Mitwirkungsrechte zu motivieren.

Maßnahme 20: Die Stadt Neustadt an der Weinstraße pflegt die **lokalen Netzwerke**, um gut mit den Partnerinnen und Partner vor Ort zu kooperieren.

Maßnahme 21: Darüber hinaus engagiert sich die Stadt Neustadt an der Weinstraße in den **regionalen und überregionalen Netzwerken**, um die Bemühungen Neustadts an der Weinstraße bekannter zu machen, die bestehende Expertise zur Verfügung zu stellen und von anderen Partnerinnen und Partnern zu lernen.

¹¹⁵ Vgl. *Uhrig, Björn*: Update. Gemeinsam für gelebte Demokratie, in: *stadt land bildung*. Magazin für Kommunales Bildungsmanagement (2023), H. 12, S. 33.

¹¹⁶ Vgl. *Langenbahn, Ann Kristin*: Gemeinsam für gelebte Demokratie, a.a.O. (Anm. 36), S. 20 f.

V. Zeitplan und Meilensteine

Maßnahme		Zeitplan und Meilensteine			
		III/2024	IV/2024	I/2025	II/2025
Stärkung der Partizipation	1. Das Politikpraktikum »Komm mit! Politik erleben« wird in Kooperation mit den Neustadt Stadtratsfraktionen weitergeführt und im halbjährlichen Wechsel für junge Menschen und für Erwachsene angeboten.				Das Politikpraktikum »Komm mit!« wird für junge Menschen durchgeführt.
	2. Es wird ein Feinkonzept mit dem Ziel erarbeitet, zum »Fest der Demokratie« 2026 eine »Speakers' Corner« zu eröffnen.				Ein konkretes Konzept wird mit allen Beteiligten erarbeitet.
	3. Ein Konzept für eine »Agora-Plattform« für öffentliche Diskussionen wird gemeinsam mit Partnerinnen und Partnern des »Demokratienetzwerkes« entwickelt.		Ein konkretes Konzept wird mit allen Beteiligten erarbeitet.		
	4. Das Mehrgenerationenhaus Neustadt an Weinstraße wird als »Freiwilligenbegegnungsstätte« zu einer engagementfördernden Einrichtung weiterentwickelt.		Das Mehrgenerationenhaus aktualisierte mit den Freiwilligen das Einrichtungskonzept.	Das Mehrgenerationenhaus entwickelt Veranstaltungsfomate für freiwillig Engagierte.	
	5. Gemeinsam mit jungen Menschen wird ein Konzept für Jugendbeteiligung in Neustadt an der Weinstraße erarbeitet. Dabei sollen die Interessen und die von jungen Menschen gewünschten Beteiligungsformate im Vordergrund stehen.	Nach Beschluss des Stadtrates wird eine Jugendvertretung gebildet.			
	6. Für die Darstellung der verschiedenen Angebote und Akteure der Demokratiebildung sowie der Neustadter Bildungslandschaft wird ein »Bildungsportal« entwickelt.		Die konzeptionellen und technischen Grundlagen für ein »Bildungsportal« werden entwickelt.	Alle Akteurinnen und Akteure der Neustadter Bildungslandschaft werden gebeten, ihre Angebote einzureichen.	Das »Bildungsportal« wird veröffentlicht.

Maßnahme		Zeitplan und Meilensteine			
		III/2024	IV/2024	I/2025	II/2025
Erhöhung der Sichtbarkeit	7. Im Rahmen des »Demokratienetzwerkes« wird eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit abgestimmt.			Die »Kerngruppe« des »Demokratienetzwerk« erarbeitet konzeptionelle Grundlagen für eine abgestimmte Öffentlichkeitsarbeit.	
	8. Die Idee eines Neustädter »Demokratiedenkmal« im Innenhof des Rathauses wird gemeinsam mit Künstlerinnen und Künstlern verwirklicht.				
	9. In Neustadt an der Weinstraße wird ein hybrides »Haus der Demokratie« entwickelt, um alle Aktivitäten im Bereich der Demokratieförderung sichtbar zu bündeln.			Zur Entwicklung des »Haus der Demokratie« wird mit den Partnerinnen und Partner ein Konzept erarbeitet.	
	10. Im Rahmen der Landesgartenschau wird ein »Demokratiepavillon« für die Angebote der Demokratieförderung und Demokratiebildung eingerichtet.	Die inhaltlichen Planungen für eine Beteiligung an der Landesgartenschau beginnen.			
Förderung der Demokratiebildung	11. Die Erinnerungsarbeit, die durch Gedenkstätten und Gedenkorte geleistet wird, und die Erinnerungskultur, die zum Beispiel durch die Gedenktage zum Ausdruck kommt, werden in der Stadt Neustadt an der Weinstraße aktiv gefördert.		An die Opfer der »Reichspogromnacht« wird in Kooperation mit der NS-Gedenkstätte gedacht.	Der »Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus« wird in Neustadt begangen.	
	12. Die Stadt Neustadt an der Weinstraße unterstützt die Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz bei der Realisierung des »Lernortes ehemaliger Gestapo-Keller«.				

Maßnahme		Zeitplan und Meilensteine			
		III/2024	IV/2024	I/2025	II/2025
Förderung der Demokratiebildung	13. Das Stadtmuseum in der »Villa Böhm« wird mit Unterstützung des Stadtarchivs im Rahmen dessen Neukonzeption zu einem »Gedächtnis- und Lernort für Demokratie und Stadtgeschichte« weiterentwickelt.				
	14. Die Stadt Neustadt an der Weinstraße schafft gemeinsam mit Partnerinnen und Partnern die Möglichkeit der Qualifizierung von Fachkräften der politischen Bildung.				Es werden Gespräche mit möglichen Kooperationspartnern, zum Beispiel der Rheinland-Pfälzischen Technischen Universität Kaiserslautern-Landau, geführt.
	15. Der »Junior Memory Guide« als wirksame Form der Peer-Education wird weitergeführt.	Neue »Junior Memory Guides« werden ausgebildet.	Für die Teilnahme an der Ausbildung erhalten die »Junior Memory Guide« im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung ihre Zertifikate.	Das Jahrestreffen der »Junior Memory Guides« wird durchgeführt.	
	16. Für Demokratiebildungsangebote wird eine Bedarfsabfrage an den Neustadter Schulen durchgeführt, um Projekte der politischen Bildung vor Ort zielgerichtet zu fördern.		Es erfolgt eine Abfrage bei Grundschulen und weiterführenden Schulen sowie der berufsbildenden Schule mittels eines Fragebogens.	Die Ergebnisse werden im »Arbeitskreis Demokratiebildung« und in der »Kerngruppe« des »Demokratienetzwerkes« ausgewertet.	
	17. Gemeinsam mit den Partnerinnen und Partnern des »Demokratienetzwerkes« und der Tourist-Info wird ein »Rundum-Demokratie-Paket« als ein Angebot für außerschulisches Lernen entwickelt.	Gemeinsam mit den Partnerinnen und Partnern wird ein Konzept erarbeitet.			

Maßnahme		Zeitplan und Meilensteine			
		III/2024	IV/2024	I/2025	II/2025
	18. In Neustadt an der Weinstraße wird ein »Escape Room« als Möglichkeit der interaktiven Demokratieförderung entwickelt.	Es finden erste Überlegungen zu Inhalt und Ort gemeinsam mit der Abteilung Jugendarbeit statt.			
Gestaltung und Pflege der Netzwerke	19. Gemäß dem Stadtratsbeschluss wird alle zwei Jahre »1832. Das Fest der Demokratie« gefeiert und in diesem Rahmen der »Hambacher Freiheitspreis 1832« und der »Johann-Philipp-Abresch-Preis« verliehen.				Das »Fest der Demokratie« und die Preisverleihungen im Frühjahr 2026 werden vorbereitet.
	20. Die Stadt Neustadt an der Weinstraße pflegt die lokalen Netzwerke, um gut mit den Partnerinnen und Partner vor Ort zu kooperieren.			Das Jahrestreffen des Demokratienetzwerkes findet statt.	
	21. Darüber hinaus engagiert sich die Stadt Neustadt an der Weinstraße in den regionalen und überregionalen Netzwerken, um die Bemühungen Neustadts an der Weinstraße bekannter zu machen, die bestehende Expertise zur Verfügung zu stellen und von anderen Partnerinnen und Partnern zu lernen.	Die Stadt Neustadt beteiligt sich am »Demokratie-Tag Rheinland-Pfalz« in Ingelheim, der durch das Bündnis »Demokratie gewinnt!« mitveranstaltet wird.			

VI. Literaturverzeichnis

- Beschluss der Kommission vom 10. März 2015 zur Benennung der 2014 mit dem Europäischen Kulturerbe-Siegel ausgezeichneten Stätten (2015/C 83/03). Amtsblatt der Europäischen Union C 83 vom 11. März 2015, S. 3.
- Demokratiegeschichte stärker wahrnehmen. Neustadt tritt Zusammenschluss von historisch wichtigen Orten bei, in: Die Rheinpfalz (Mittelhaardter Rundschau) vom 29. März 2024, S. 14.
- Freiheitsbrunnen Homburg besonders bedeutsam. Ein Bundesprojekt würdigt den Ort in Sachen Demokratiegeschichte als Erinnerung an Johann Georg August Wirth, in: Saarbrücker Zeitung (Homburger Rundschau) vom 18. November 2020, S. 17.
- Hambacher Freiheitspreis für Joachim Gauck, in: Leipziger Volkszeitung vom 30. Mai 2022, S. 23.
- Mehrgenerationenhaus: Als »Haus der Familie« bestätigt, in: Die Rheinpfalz (Mittelhaardter Rundschau) vom 20. Mai 2023, S. 15.
- Al-Ghusain, Muchtar / Boldt-Stülzebach, Annette / Hoffmann, Philipp / Klepsch, Annekatrin u. a.:* Erinnern ist Zukunft. Demokratie stärken mit Erinnerungskultur Positionspapier des Deutschen Städtetages, hrsg. v. Deutschen Städtetag, Berlin, Köln 2023.
- Amelung, Pia / Hebborn, Klaus:* Bildungspolitische Positionen. Positionspapier des Deutschen Städtetages, hrsg. v. Deutschen Städtetag, Berlin, Köln 2021.
- Amelung, Pia / Schneckenburger, Daniela:* Ansätze einer strukturellen Verankerung von Bildung für nachhaltige Entwicklung. Positionspapier des Deutschen Städtetages, hrsg. v. Deutschen Städtetag, Berlin, Köln 2023.
- Austermann, Philipp:* Das Hambacher Fest – ein wichtiges Ereignis der deutschen Demokratiegeschichte, in: Verwaltungsrundschau 67 (2021), H. 7, S. 222–225.
- Bangert, Hanne:* Soziokultur und »Dritte Orte«, in: Sievers, Norbert / Blumenreich, Ulrike / Dengel, Sabine / Wingert, Christine (Hrsg.), Jahrbuch für Kulturpolitik 2019/20. Bd. 17. Thema: Kultur.Macht.Heimaten. Heimat als kulturpolitische Herausforderung, Bielefeld 2020, 373–377.
- Banner, Gerhard:* Von der Ordnungskommune zur Dienstleistungs- und Bürgerkommune, in: Der Bürger im Staat 48 (1998), H. 4, S. 179–186.
- Becker, Karin:* Digitalen Wandel steuern Herausforderungen und. Handlungsoptionen für ein kommunales Bildungsmanagement, in: Aram, Elisabeth / Klausung, Julia (Hrsg.), Ansätze zur digitalen Transformation für Bildungslandschaften. Veränderungen gestalten: Aspekte kommunaler Bildung im Wandel, Offenbach am Main 2022, S. 10–14.
- Besand, Anja:* Was ist gute politische Bildung in der Schule?, in: Bildung und Erziehung 72 (2019), H. 3, S. 262–276.
- Beutel, Wolfgang / Gloe, Markus / Reinhardt, Volker:* Die Kontroverse »Demokratiepädagogik und politische Bildung«, in: Beutel, Wolfgang / Gloe, Markus / Himmelmann, Gerhard / Lange, Dirk u. a. (Hrsg.), Handbuch Demokratiepädagogik, Frankfurt 2022, S. 154–183.
- Biritz, Helena / Neugebauer, Christian / Pawel, Sebastian:* Netzwerke und soziale Innovationen in der Praxis, in: Neugebauer, Christian / Pawel, Sebastian / Biritz, Helena (Hrsg.), Netzwerke und soziale Innovationen. Lösungsansätze für gesellschaftliche Herausforderungen?, Wiesbaden 2019, S. 31–47.
- Bogumil, Jörg:* Kommunale Selbstverwaltung – Gemeinden/Kreise, in: Voigt, Rüdiger (Hrsg.), Handbuch Staat, Wiesbaden 2018, S. 765–774.
- Bogumil, Jörg / Holtkamp, Lars:* Bürger und Verwaltung, in: Veit, Sylvia / Reichard, Christoph / Wewer, Göttrik (Hrsg.), Handbuch zur Verwaltungsreform, 5., vollst. überarb. Aufl., Wiesbaden 2019, S. 165–179.
- Breß, Miriam:* Das (frühe) Konzentrationslager Neustadt. »Erziehung zur Volksgemeinschaft«, in: Raasch, Markus (Hrsg.), Volksgemeinschaft in der Gauhauptstadt. Neustadt an der Weinstraße im Nationalsozialismus, Münster 2020, S. 143–164.
- Buchstein, Hubertus / Jörke, Dirk:* Das Unbehagen an der Demokratietheorie, in: Leviathan 31 (2003), H. 4, S. 470–495.

- Bundespräsident:* Proklamation des Bundespräsidenten. Vom 3. Januar 1996, in: Bundesgesetzblatt Teil I (1996), S. 17.
- Bundesregierung (Hrsg.):* Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe – 16. Kinder- und Jugendbericht – Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter und Stellungnahme der Bundesregierung. Deutscher Bundestag Drucksache 19/24200.
- Bundesverfassungsgericht:* Beschluß vom 15.2.1978 – 2 BvR 134, 268/76, in: Neue Juristische Wochenschrift 31 (1978), H. 39, S. 1967–1970.
- Bundesverfassungsgericht:* Beschluß vom 23.11.1988 – 2 BvR 1619/83, 2 BvR 1628/83, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht 8 (1989), H. 4, 347–352.
- Bundesverfassungsgericht:* Urteil vom 15.1.1958 – 1 BvR 400/51, in: Verwaltungs-Rechtsprechung in Deutschland 10 (1958), H. 1, S. 419–434.
- Cornelißen, Christoph:* Erinnerungskultur, in: Oberreuter, Heinrich / Haring, Sophie / Schreyer, Bernhard / Scharnberg, Christian u. a. (Hrsg.), Staatslexikon. Recht, Wirtschaft, Gesellschaft. Bd. II, 8., völlig neu bearb. Aufl., Freiburg, Basel, Wien 2018, Sp. 200–202.
- Czada, Roland:* Staatliche Integrationspolitik und gesellschaftlicher Pluralismus, in: Bandelow, Nils C. / Hegelich, Simon (Hrsg.), Pluralismus – Strategien – Entscheidungen. Eine Festschrift für Prof. Dr. Klaus Schubert, Wiesbaden 2011, S. 153–169.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.):* Bericht der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements«. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Deutscher Bundestag Drucksache 14/8900. 2002.
- Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge:* Diskussionspapier des Deutschen Vereins zum Aufbau Kommunalen Bildungslandschaften, in: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für Öffentliche und Private Fürsorge 87 (2007), H. 7, S. 294–304.
- Diehl, Paula:* Repräsentation im Spannungsfeld von Symbolizität, Performativität und politischem Imaginären, in: Diehl, Paula / Steilen, Felix (Hrsg.), Politische Repräsentation und das Symbolische, Wiesbaden 2016, S. 7–22.
- Dirner, Niko:* Freibier zur Premiere. Speakers' Corner, in: Südwest Presse vom 12. Mai 2023, S. 18.
- Dirner, Niko:* Neu-Ulm schafft Platz für freie Rede, in: Südwest Presse vom 17. Oktober 2019, S. 19.
- Drews, Anja:* Zuhause am »Dritten Ort«. Beheimatungen an informellen Treffpunkten durch Kultur, in: Sievers, Norbert / Blumenreich, Ulrike / Dengel, Sabine / Wingert, Christine (Hrsg.), Jahrbuch für Kulturpolitik 2019/20. Bd. 17. Thema: Kultur.Macht.Heimaten. Heimat als kulturpolitische Herausforderung, Bielefeld 2020, S. 355–359.
- Eis, Andreas:* Vom Beutelsbacher Konsens zur »Frankfurter Erklärung: Für eine kritisch-emanzipatorische Politische Bildung«?, in: Widmaier, Benedikt / Zorn, Peter (Hrsg.), Brauchen wir den Beutelsbacher Konsens? Eine Debatte der politischen Bildung, Bonn 2016, S. 131–139.
- Eis, Andreas / Lösch, Bettina / Schröder, Achim / Steffens, Gerd:* Frankfurter Erklärung Juni 2015. Für eine kritisch-emanzipatorische Politische Bildung, in: Politisches Lerner 33 (2015), H. 3–4, S. 40 f.
- Engst, Ulli / Baasch, Annalena / Wagnitz, Michele / Riffel, Dennis (Hrsg.):* Orte der Demokratiegeschichte. Bd. 1: Demokratie erkämpfen, verteidigen, verlieren, Berlin 2021.
- Europarat:* Europarats-Charta zur politischen Bildung und Menschenrechtsbildung. Empfehlung CM/Rec (2010)7 des Ministerkomitees des Europarats an die Mitgliedstaaten (verabschiedet vom Ministerkomitee am 11. Mai 2010 anlässlich der 120. Versammlung), Strassburg 2014.
- Fischer, Stefan:* Gemeinsam für die Demokratie, in: Die Rheinpfalz (Mittelhaardter Rundschau) vom 19. März 2024, S. 13.
- Frisch, Lutz / Schiffmann, Dieter:* Das Hambacher Fest 1832. Wiege der deutschen Demokratie, Regensburg 2014.
- Gemählich, Matthias:* Von der »Rheinpfalz« zur »Westmark«. Neustadt und die Expansion des Partei-gaus nach Westen, in: Raasch, Markus (Hrsg.), Volksgemeinschaft in der Gauhauptstadt. Neustadt an der Weinstraße im Nationalsozialismus, Münster 2020, S. 605–616.

- Gruber, Sebastian:* Formen von Jugendvertretungen, in: Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz (Hrsg.), Jugendvertretungen. Grundlagen, Beispiele, Informationen, Mainz 2023, S. 12 f.
- Hamm, Ingrid / Engelke, Anna / Finke, Maja / Kinnert, Diana u. a.:* Mehr und besser. Vorschläge für eine Demokratiebildung von morgen. Bericht der Hertie-Kommission Demokratie und Bildung, hrsg. v. der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, Frankfurt am Main 2023.
- Heimlich, Ulrich:* Einführung in die Spielpädagogik, 4., aktual. Aufl., Bad Heilbrunn 2023.
- Henke, Anna Iris:* Stärkung des Freiwilligen Engagements, in: Emminghaus, Christoph / Staats, Melanie / Gess, Christopher (Hrsg.), Lokale Infrastruktur für alle Generationen. Ergebnisse aus dem Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser, Bielefeld 2012, S. 73–84.
- Herbert, Anke:* Den Opfern ein Gesicht geben, in: Die Rheinpfalz (Mittelhardter Rundschau) vom 19. August 2022, S. 16.
- Herbert, Anke:* Ein Prosit auf die Landesgartenschau. Es ist vollbracht: Neustadt hat den Zuschlag für die Landesgartenschau 2027 erhalten, in: Die Rheinpfalz (Mittelhardter Rundschau) vom 30. März 2022, S. 13.
- Herbert, Anke:* Historischer Lernort Gestapo-Keller, in: Die Rheinpfalz (Mittelhardter Rundschau) vom 27. Juli 2022, S. 13.
- Herbert, Anke:* Mit Deponieberg gepunktet. Die Konkurrenz war groß, doch hat erneut eine pfälzische Stadt das Rennen gemacht, in: Die Rheinpfalz (Mittelhardter Rundschau) vom 30. März 2022, S. 12.
- Hermann, Michael C.:* 30 Jahre Jugendgemeinderäte in Deutschland – Rückblick und Ausblick, in: Gürlevik, Aydin / Hurrelmann, Klaus / Palentien, Christian (Hrsg.), Jugend und Politik. Politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen, Wiesbaden 2016, S. 337–348.
- Heuss, Theodor:* Freiheit und Vaterland, in: Anil, Sara / Berkessel, Hans, Sprenger, Kai-Michael / Traub, Sarah (Hrsg.), Hoher Besuch und starke Worte. Zwei Jahrhunderte politischer Reden auf dem Hambacher Schloss, Oppenheim am Rhein 2022, S. 140–142.
- Hidalgo, Oliver:* Die Normativität der Demokratie jenseits der »Wahrheit«, in: Polis 27 (2023), H. 2, S. 7–10.
- Himmelman, Gerhard:* Demokratie als Lebensform, Gesellschaftsform und Herrschaftsform – Herausforderungen für die Demokratie, Aufgaben für die Pädagogik, in: Beutel, Wolfgang / Gloe, Markus / Himmelman, Gerhard / Lange, Dirk u. a. (Hrsg.), Handbuch Demokratiepädagogik, Frankfurt 2022, S. 43–51.
- Holtmann, Everhard / Rademacher, Christian / Reiser, Marion:* Kommunalpolitik. Eine Einführung, Wiesbaden, Heidelberg 2017.
- Kaiser, Wolf:* Gedenkstättenpädagogik heute. Qualifizierung von Fachkräften in der historisch-politischen Bildung an Gedenkstätten und anderen Orten der Geschichte des Nationalsozialismus, in: Thimm, Barbara / Kößler, Gottfried / Ulrich, Susanne (Hrsg.), Verunsichernde Orte. Selbstverständnis und Weiterbildung in der Gedenkstättenpädagogik, Frankfurt am Main 2010, S. 19–24.
- Keller, Katharina:* »Unterricht« in Demokratie. »Kommunalpolitik in die Schulen«: Erstes Projekt des neu gegründeten Bildungsbüros startet, in: Die Rheinpfalz (Mittelhardter Rundschau) vom 20. Juni 2017, S. 13.
- Klein, Ansgar / Neuling, Johanna / Schaaf-Derichs, Carola / Fuchs, Petra:* Infrastruktureinrichtungen der Engagementförderung im kommunalen Raum. Nachhaltigkeit als zentrale Herausforderung der Engagementpolitik, in: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für Öffentliche und Private Fürsorge 92 (2012), H. 12, S. 594–597.
- Kocka, Jürgen:* Zivilgesellschaft. Zum Konzept und seiner sozialgeschichtlichen Verwendung, in: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hrsg.), Neues über Zivilgesellschaft. Aus historisch-sozialwissenschaftlichem Blickwinkel. Discussion Paper P01-801, Berlin 2001, S. 4–21.
- Kolleck, Nina:* Politische Bildung und Demokratie. Eine Einführung in Anwendungsfelder, Akteure und internationale Ansätze, Opladen, Toronto 2022.
- Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (Hrsg.):* Kommunales Diversity Management. Vielfalt als Chance für die Verwaltungsmodernisierung. KGSt-Bericht Nr. 13/2022.

- Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (Hrsg.):* Leitbild Bürgerkommune. Entwicklungschancen und Umsetzungsstrategie. KGSt-Bericht Nr. 3/2014.
- Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (Hrsg.):* Strategiearbeit im Wandel. Warum es sich lohnt, es einfach zu machen. KGSt-Bericht Nr. 8/2023.
- Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (Hrsg.):* Strategisches Management. Bd. II: Wege zur Gesamtstrategie. KGSt-Bericht Nr. 9/2000.
- Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmodernisierung (Hrsg.):* Bürgerengagement – Chance für Kommunen. KGSt-Bericht Nr. 6/1999.
- König, Armin:* Bürgerkommune. Ein Überblick, Wiesbaden 2019.
- Körper-Stiftung (Hrsg.):* Handbuch der Engagierten Stadt. Schritt für Schritt zu mehr Engagement und Beteiligung vor Ort, Hamburg 2020.
- Kost, Andreas:* Transformation inklusiv gestalten: Ist Bürgerbeteiligung eine Bedingung für das Gelingen?, in: Korte, Karl-Rudolf / Richter, Philipp / Schuckmann, Arno von (Hrsg.), Regieren in der Transformationsgesellschaft, Wiesbaden 2023, S. 57–63.
- Köster, Manuel:* Mehr Demokratie durch mehr historisches Lernen? Öffentliche Erwartungen, empirische Befunde und ungenutzte Potenziale, in: Zeitschrift für Geschichtsdidaktik 20 (2021), H. 1, S. 165–179.
- Kreiling, Wolfgang:* Engagierte Jugend für Engagement-Preis nominiert, in: Die Rheinpfalz (Mittelhaardter Rundschau) vom 15. September 2017, S. 14.
- Kreiner-Wolf, Andreas:* Der Demokratie-Tag Rheinland-Pfalz als Plattform für Demokratiebildung und Partizipation, in: mateneen – Praxishefte Demokratische Schulkultur (2021), H. 7, S. 15–17.
- Landesregierung Rheinland-Pfalz:* Gesetzentwurf der Landesregierung. Landesgesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften. Landtag Rheinland-Pfalz Drucksache 18/4939.
- Langenbahn, Ann Kristin:* Gemeinsam für gelebte Demokratie, in: stadt land bildung. Magazin für Kommunales Bildungsmanagement (2019), H. 7, S. 19–21.
- Massing, Peter:* Politikwissenschaft und politische Bildung. Etappen - Herausforderungen - Perspektiven, in: Bergem, Wolfgang / Schöne, Helmar (Hrsg.), Wie relevant ist die Politikwissenschaft? Wissenstransfer und gesellschaftliche Wirkung von Forschung und Lehre, Wiesbaden 2022, S. 163–177.
- Ministerium für Bildung (Hrsg.):* Lehrplan für die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer. Erdkunde, Geschichte, Sozialkunde, Mainz 2021.
- Ministerium für Bildung (Hrsg.):* Lehrplan Gesellschaftslehre. Sekundarstufe I, Klassen 5–10, Mainz 2022.
- Mitterauer, Michael:* Das Problem der zentralen Orte als sozial- und wirtschaftshistorische Forschungsaufgabe, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 58 (1971), H. 4, S. 433–467.
- Nève, Dorothee de:* DenkMal – Partizipation im öffentlichen Raum, in: Barsch, Sebastian / Wesselmann, Katharina / Arias Ferrer, Laura / Leinung, Silja (Hrsg.), erinnern_zerstören_gestalten. Denkmäler im interdisziplinären Diskurs, Kiel 2023, S. 149–176.
- Niess, Wolfgang:* Der 9. November. Die Deutschen und ihr Schicksalstag, München 2021.
- Oberreuter, Heinrich:* Pluralismus, in: Oberreuter, Heinrich / Haring, Sophie / Schreyer, Bernhard / Scharnberg, Christian u. a. (Hrsg.), Staatslexikon. Recht, Wirtschaft, Gesellschaft. Bd. IV, 8., völlig neu bearb. Aufl., Freiburg, Basel, Wien 2020, Sp. 818–824.
- Philipp, Leandra:* Gestapo-Keller als Lernort: Projektmacht Fortschritte, in: Die Rheinpfalz (Mittelhaardter Rundschau) vom 16. August 2023, S. 13.
- Pöschel, Holger:* Ein ziemlich zähes Provisorium. Neustadt in der NS-Zeit (1), in: Die Rheinpfalz (Mittelhaardter Rundschau) vom 8. Dezember 2020, S. 15.
- Pöschel, Holger:* Probelauf fürs Weitere. Zwei Jahre intensive Vorbereitung stecken in der Ausstellung »Auftakt des Terrors«, in: Die Rheinpfalz (Mittelhaardter Rundschau) vom 28. Februar 2023, S. 15.

- Prein, Gerald / Sass, Erich / Züchner, Ivo:* Lernen im freiwilligen Engagement und gesellschaftliche Partizipation. Ein empirischer Versuch zur Erklärung politischen Handelns, in: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 12 (2009), H. 3, S. 529–547.
- Psczolla, Agneta:* Neuerungen in der Gemeindeordnung zur Jugendbeteiligung, in: Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz (Hrsg.), Jugendvertretungen. Grundlagen, Beispiele, Informationen, Mainz 2023, S. 6 f.
- Reinhold, Carola / Sterzenbach, Kai:* Weiterbildungsportale in Lernenden Regionen – Voraussetzungen, Erfolgsfaktoren und Risiken, in: Klein, Birgit / Wohlfart, Ursula (Hrsg.), Die Lernenden Regionen in NRW. Ergebnisse und Impulse für die Bildungspraxis, Bielefeld 2008, S. 24–29.
- Reschl, Richard:* Vom Leben in der Stadt – Gemeinden und Kreise als soziale Gebilde, in: Mann, Thomas / Püttner, Günter (Hrsg.), Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis. Bd. I: Grundlagen und Kommunalverfassung, 3., völlig neu bearb. Aufl., Berlin, Heidelberg, New York 2007, S. 291–306.
- Riffel, Dennis / Wunnicke, Ruth:* Demokratiegeschichte: Webseiten, Ausstellungen, Netzwerke ..., in: Parak, Michael (Hrsg.), Demokratiegeschichte als Beitrag zur Demokratiestärkung, Berlin 2018, S. 49–62.
- Roberts, John Michael:* The Enigma of Free Speech: Speakers' Corner, The Geography of Governance and a Crisis of Rationality, in: Social & Legal Studies 9 (2000), H. 2, S. 271–292.
- Rummel, Walter:* Das Zentrum des Schreckens. Zur Tätigkeit der Geheimen Staatspolizeistelle Neustadt in der Pfalz 1937–1945, in: Nordblom, Pia / Rummel, Walter / Schuttpelz, Barbara (Hrsg.), Josef Bürckel. Nationalsozialistische Herrschaft und Gefolgschaft in der Pfalz, 2., verbes. u. erg. Aufl., Kaiserslautern 2020, S. 85–112.
- Schäuble, Wolfgang:* Ansprache des Präsidenten des Deutschen Bundestages, Dr. Wolfgang Schäuble, in der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages zum 9. November am 9. November 2018 in Berlin. Bulletin der Bundesregierung 122-1, <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975954/1548906/2e5cb222ef6e1c3cfbc068c237bfa37a/122-1-btpraes-programnacht-data.pdf?download=1> (Abruf am 8. August 2023).
- Scheller, Anne:* Escape-Rooms und Breakouts in der Schule einsetzen. Themenwahl, Erstellung und Ablauf mit praktischen Beispielen in der Sekundarstufe I, Hamburg 2020.
- Schiffmann, Dieter:* Das Hambacher Fest – Ein deutscher Erinnerungsort. Die Nachgeschichte des Hambacher Festes im Spannungsfeld von kollektivem Gedächtnis und Geschichtspolitik, in: Kermann, Joachim / Nestler, Gerhard / Schiffmann, Dieter (Hrsg.), Freiheit, Einheit und Europa. Das Hambacher Fest von 1832 – Ursachen, Ziele, Wirkungen, Ludwigshafen am Rhein 2006, 333–386.
- Sendler, Ulrich:* Das Gespinst der Digitalisierung. Menschheit im Umbruch – auf dem Weg zu einer neuen Weltanschauung, Wiesbaden 2018.
- Spieß, Pirmin:* Kleine Geschichte der Stadt Neustadt an der Weinstraße, 2., korr. und erg. Aufl., Ubstadt-Weiher u.a. 2022.
- Staats, Melanie / Gess, Christopher / Henkel, Anna Iris:* Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser, in: Emminghaus, Christoph / Staats, Melanie / Gess, Christopher (Hrsg.), Lokale Infrastruktur für alle Generationen. Ergebnisse aus dem Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser, Bielefeld 2012, S. 13–17.
- Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland:* Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 6. März 2009 i. d. F. vom 11. Oktober 2018.
- Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland:* Erinnern für die Zukunft. Empfehlungen zur Erinnerungskultur als Gegenstand historisch-politischer Bildung in der Schule. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 11. Dezember 2014.
- Steffani, Winfried:* Mehrheitsentscheidungen und Minderheiten in der pluralistischen Verfassungsdemokratie, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 17 (1986), H. 4, S. 569–586.
- Steinmeier, Frank-Walter:* Ansprache von Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier in der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages zum 9. November am 9. November 2018 in Berlin. Bulletin der Bundesregierung 122-2, <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975954/>

1548912/9f95d898a0bd453db7b203d735fff32d/122-2-bpr-programnacht-data.pdf?download=1 (Abruf am 9. August 2023).

- Stich, Ansgar*: Escape Rooms für den Politikunterricht 5-10. Einfach und sofort umsetzbar, zu zentralen Lehrplanthemen, teambildend und motivierend, Augsburg 2021.
- Struck, Jutta / Schön, Markus*: Förderung der Jugendverbände, in: Wiesner, Reinhard / Wapler, Friederike (Hrsg.), SGB VIII. Kinder- und Jugendhilfe. Kommentar, 6. Aufl., München 2022, § 12.
- Sutor, Bernhard*: Politische Bildung, in: Oberreuter, Heinrich / Haring, Sophie / Schreyer, Bernhard / Scharnberg, Christian u. a. (Hrsg.), Staatslexikon. Recht, Wirtschaft, Gesellschaft. Bd. IV, 8., völlig neu bearb. Aufl., Freiburg, Basel, Wien 2020, Sp. 855–860.
- Uhrig, Björn*: Update. Gemeinsam für gelebte Demokratie, in: stadt land bildung. Magazin für Kommunales Bildungsmanagement (2023), H. 12, S. 33.
- Unzicker, Kai*: Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Konzept, Zustand und Handlungsempfehlungen, in: Die öffentliche Verwaltung 75 (2022), H. 24, S. 1018–2027.
- Wehling, Hans-Georg*: Konsens à la Beutelsbach? Nachlese zu einem Expertengespräch, in: Widmaier, Benedikt / Zorn, Peter (Hrsg.), Brauchen wir den Beutelsbacher Konsens? Eine Debatte der politischen Bildung, Bonn 2016, S. 19–27.
- Weigand, Katharina*: Denkmal. Historisch, in: Oberreuter, Heinrich / Haring, Sophie / Schreyer, Bernhard / Scharnberg, Christian u. a. (Hrsg.), Staatslexikon. Recht, Wirtschaft, Gesellschaft. Bd. I, 8., völlig neu bearb. Aufl., Freiburg, Basel, Wien 2017, Sp. 1251–1253.
- Weigel, Marc*: Grußwort des Oberbürgermeisters, in: Anil, Sara / Berkessel, Hans, Sprenger, Kai-Michael / Traub, Sarah (Hrsg.), Hoher Besuch und starke Worte. Zwei Jahrhunderte politischer Reden auf dem Hambacher Schloss, Oppenheim am Rhein 2022, S. 11.
- Widmaier, Benedikt*: Demokratiebildung, Demokratieförderung, Demokratiepädagogik, Demokratieerziehung, Demokratiedidaktik, Demokratielernen, Demokratieentwicklung... wie jetzt? Die neue Unübersichtlichkeit in der politischen Bildung, in: Hessische Blätter für Volksbildung 68 (2018), H. 3, S. 258–266.
- Wüst, Dorothee*: Intervention gegen das Vergessen und für Gerechtigkeit, in: Anil, Sara / Berkessel, Hans, Sprenger, Kai-Michael / Traub, Sarah (Hrsg.), Hoher Besuch und starke Worte. Zwei Jahrhunderte politischer Reden auf dem Hambacher Schloss, Oppenheim am Rhein 2022, S. 268–271.

Redaktion

Björn Uhrig und Petra Schanze von der Decken

Mitglieder der Projektgruppe A 24 »Gesamtkonzept ›Demokratiestadt‹ entwickeln und umsetzen«

Regina Bergner, Stefanie Deutsch, Sabrina Döring, Ilirjana Haas, Franziska Haubert, Runa Hess (Projektpatin), Petra Koch, Manuel Mühl, Rolf Müller (Projektpate), Alexandra Pesl, Brigitte Rottberg, Monika Rupp-Langer, Petra Schanze von der Decken, Björn Uhrig Frank Weisenburger, Birgit Winterberg und Carmen Wunn

Neustadt an der Weinstraße, April 2024